

Freie Hansestadt Bremen



Der Senator für
Wirtschaft und Häfen



ZIEL 2 (2000 - 2006)

Jährlicher Durchführungsbericht
für das Jahr 2004

Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

CCI: 2000 DE 16 2 DO 009

K(2001) 774

Bremen, Juni 2005

Der Senator für Wirtschaft und Häfen der Freien Hansestadt Bremen
Zweite Schlachtpforte 3
D-28195 Bremen

Carola Schneider
T.: ++49 421 361-8603
Fax: ++49 421 361-8810
Carola.Schneider@wuh.bremen.de

Thomas Schwender
T.: ++49 421 361-2574
Fax: ++49 421 361-8810
Thomas.Schwender@wuh.bremen.de

Ulrike Krumsee-Budde
T.: ++49 421 361-8443
Fax: ++49 421 361-8810
Ulrike.Krumsee-Budde@wuh.bremen.de

Inhalt	Seite
Einleitung	1
A. Programmkontext	2
A.1 Sozioökonomische Entwicklungen	2
A.2 Kohärenz der einzelnen Fonds untereinander sowie mit den Interventionen der sonstigen Finanzinstrumente (insbes. Integration mit Ziel 3)	9
B. Stand der Durchführung der einzelnen Schwerpunkte und Maßnahmen	13
B.1 Beschreibung der Maßnahmen und Projekte inklusive Analyse der Indikatoren sowie Vergleich der erreichten Ergebnisse mit der Ex-ante Evaluierung	13
B.2 Beschreibung der Operationen unter Artikel 28 (3) der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999	35
B.3 Realisierung der Ziele der Querschnittsthemen	35
C. Stand der finanziellen Abwicklung	40
C.1 Finanzielle Abwicklung mit besonderer Bezugnahme auf die vereinbarten finanziellen Indikatoren und ihre Umsetzung	41
C.2 Übersicht über die von der Zahlstelle tatsächlich bescheinigten Ausgaben und die von der KOM empfangenen Zahlungen nach Maßnahmen	42
C.3 Vergleich der Vorausschätzungen der Zahlungsanträge mit dem tatsächlichen Mittelabfluss	42
D. Abwicklung und Begleitung des Programms, Sicherung der Qualität und Effizienz	43
D.1 Beschreibung des Begleitsystems, der Bewertung und Finanzkontrolle einschl. der Vorkehrungen für die Datenerfassung (kurzer Sachstandsbericht einschl. Angaben zur Partnerschaft sowie zur Tätigkeit des Begleitausschusses)	43
D.2 Probleme und Lösungen bei der Begleitung und Verwaltung der Intervention	46
D.3 Unregelmäßigkeiten	46
D.4 Inanspruchnahme der Technischen Hilfe	46
D.5 Programmanpassungen	47
D.6 Indikatoren zur Zuweisung der leistungsgebundenen Reserve	48
D.7 Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Information und Publizität	48
E. Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung der anderen Gemeinschaftspolitiken einschl. Angaben zum integrierten Einsatz der Fonds	50
F. Stand der Durchführung und der finanziellen Abwicklung von Großprojekten	51
Anlage 1: Finanztabelle für den jährlichen Durchführungsbericht	52
Anlage 2: Finanztabelle Mittelbindung und Auszahlungsstand	53

Einleitung

Gemäß Artikel 37 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 wird hiermit der Jährliche Durchführungsbericht für das Jahr 2004 für das Ziel-2-Programm 2000 – 2006 des Landes Bremen vorgelegt.

Mit Entscheidung der Kommission K (2000) 310 vom 9. Februar 2000 wurden Teile der Stadt Bremen mit rund 217.000 Einwohnern und die Stadt Bremerhaven mit rund 127.000 Einwohnern als Fördergebiete nach dem Ziel 2 der Strukturfonds gemäß Artikel 4 Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 für den Zeitraum vom 01.01.2000 bis 31.12.2006 anerkannt.

Mit Entscheidung K (2001) 774 vom 22. März 2001 genehmigte die Europäische Kommission das Bremer Ziel-2-Programm. Das Bremer Ziel-2-Programm 2000 – 2006 wurde als „Monofonds-Programm“ konzipiert, d.h., es wird allein aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) mit 113.034.000 Euro finanziert. Inklusive Komplementärfinanzierung sind insgesamt öffentliche Ausgaben in Höhe von 226.068.000 Euro vorgesehen.

Trotz der Konzipierung als Monofonds-Programm ist eine enge Abstimmung mit der Arbeitsmarktpolitik des Landes Bremen gewährleistet. 18 % des ursprünglich genehmigten Mittelvolumens werden durch den Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales verwaltet und dienen der investiven Unterstützung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen (siehe ausführlicher A.2).

Gleichzeitig erfolgt über die ESF-finanzierte Ziel-3-Förderung eine entsprechende arbeitsmarktpolitische Flankierung der im Rahmen des Ziel-2-Programms festgelegten regionalwirtschaftlichen Prioritäten.

Der Beginn der Förderfähigkeit der Ausgaben wurde auf den 1. Januar 2000 festgelegt, bis zum 31.12.2008 können Ausgaben getätigt werden.

Am 19.06.2002 wurde das Ziel-2-Programm mit Entscheidung K (2002) 1656 geändert: eine weitere Beihilferegelung wurde für das Programm aufgenommen (s. E).

Die Genehmigung einer weiteren Förderrichtlinie (s. E.) sowie der Aufnahme der Leistungsgebundenen Reserve erfolgte am 20.08.2004 mit Entscheidung K (2002) 3305.

Am 15.09.2004 stimmte der Begleitausschuss im Umlaufverfahren einer Mittelverschiebung innerhalb des Schwerpunktes 1 zu. Von Maßnahme 1.1 wurden 536.813 € zu Maßnahme 1.2 verschoben.

A. Programmkontext

A 1. Sozioökonomische Entwicklungen

Ein Vergleich der aktuellen Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung Bremens mit der Entwicklung der 90er Jahre macht zwei Aspekte deutlich: einerseits haben gerade die 90er Jahre und hier insbesondere deren erste Hälfte zu erheblichen Strukturbrüchen der bremischen Wirtschaft geführt, zu deren Kompensation das Land auch langfristig noch auf Strukturhilfen angewiesen sein wird. Andererseits deuten die jüngsten Entwicklungen an, dass die strukturpolitischen Maßnahmen des Landes Bremen anfangen zu greifen und die bremische Wirtschaft sich insgesamt resistenter in der anhaltend schwierigen konjunkturellen Situation Deutschlands zeigt.

Allerdings konnte die bremische Wirtschaft im Jahr 2004 nicht mit der Entwicklung in Deutschland insgesamt Schritt halten. Zwar wurde die Wachstumsschwäche des Vorjahres überwunden; mit einem realen Zuwachs von 1% blieb das Land jedoch vorläufigen Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zufolge wie schon im Vorjahr hinter der Bundesentwicklung (+1,6%) zurück (Tabelle 1). Bei einer mittelfristigen Betrachtung hält Bremen seit der Mitte der 90er Jahre hingegen Anschluss an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Im Zeitraum 1996 bis 2004 übertrifft Bremen mit einem realen BIP-Anstieg von 10,1% das Wirtschaftswachstum der Nord-West-Bundesländer (9,3%) und bleibt etwa einen Prozentpunkt hinter dem Anstieg des Bundes insgesamt (11,1%) zurück.

Das unterdurchschnittliche Ergebnis des Jahres 2004 war vor allem dem nachlassenden Inlandsgeschäft der bremischen Industrie geschuldet. Hiervon war insbesondere das bremische Ernährungsgewerbe mit einem Umsatzeinbruch von rund 16% betroffen. Hinzu kam eine im Bundesvergleich deutlich unterdurchschnittliche Einzelhandelskonjunktur.

Tabelle 1: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) und der Zahl der Erwerbstätigen nach Bundesländern 2004 / 2003

Land	Veränderung zum Vorjahr (%)			
	BIP (real)	Rang	Erwerbstätige	Rang
Baden-Württemberg	1,6	7	0,3	8
Bayern	1,9	3	0,4	5
Berlin	0,5	16	1,3	1
Brandenburg	0,9	15	0,1	11
Bremen	1,0	14	0,4	5
Hamburg	1,4	9	0,7	2
Hessen	1,7	6	0,3	8
Mecklenburg-Vorpommern	1,1	13	-0,7	16
Niedersachsen	1,2	11	0,0	12
Nordrhein-Westfalen	1,4	9	0,5	4
Rheinland-Pfalz	2,0	2	0,6	3
Saarland	1,9	3	0,4	5
Sachsen	2,2	1	0,0	12
Sachsen-Anhalt	1,2	11	-0,2	15
Schleswig-Holstein	1,8	5	-0,1	14
Thüringen	1,5	8	0,3	8
Alte Bundesländer ohne Berlin	1,6		0,4	
Deutschland	1,6		0,3	

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Vorläufige Berechnungen des AK „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ und des AK „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“

Im Land Bremen gingen zwischen 1995 und 1999 etwa 9.500 Arbeitsplätze verloren. Nach Wirtschaftsabteilungen war der Beschäftigungsrückgang in diesem Zeitraum am deutlichsten im Verarbeitenden Gewerbe ausgeprägt (rd. -9.600), während Beschäftigungsgewinne bei den Dienstleistungen (+3.500) zu verzeichnen waren. Innerhalb der Dienstleistungen gab es einen Arbeitsplatzabbau bei den Verkehrsdienstleistungen, dem stand jedoch eine starke Expansion der Unternehmensdienstleistungen mit ca. 7.500 zusätzlichen Arbeitsplätzen gegenüber. Gleichwohl konnten die Beschäftigungsgewinne in den Dienstleistungsbereichen die Verluste im Verarbeitenden Gewerbe in der zweiten Hälfte der 90er Jahre insgesamt nicht kompensieren.

Dieser Trend fast alljährlich sinkender Erwerbstätigenzahlen wurde erstmals im Jahre 2000 durch einen kräftigen Beschäftigungsanstieg von 7.600 Erwerbstätigen (+2,0 %) durchbrochen. Auch im Jahr 2001 hielt diese positive Entwicklung mit einem Zuwachs von 2.000 Arbeitsplätzen an (+0,8 %). In den Jahren 2002 und 2003 hingegen war ein leichter Rückgang zu verzeichnen, der von einem erneuten Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2004 abgelöst wurde (+0,4%). Damit konnten seit dem Tiefststand der Arbeitsplatzentwicklung in Bremen im Jahr 1999 rund 11.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies entspricht einem Zuwachs von 2,7% gegenüber einem Anstieg der Beschäftigung in Deutschland um 2,1% im gleichen Zeitraum.

Die insgesamt positive Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen korrespondiert nicht mit Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. So sank die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2004 im Land Bremen um -2,5% und entwickelte sich damit deutlich schlechter als im Bundesgebiet insgesamt (-1,5%). Die Zunahme der Erwerbstätigkeit bei gleichzeitig abnehmender sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung entspricht dem fortschreitenden Wandel der Erwerbsstrukturen. Im abgelaufenen Jahr kamen hierin vor allem die gesetzlichen Erleichterungen zur Aufnahme geringfügiger Beschäftigung sowie zum Übergang in die Selbstständigkeit zum Ausdruck. Dabei ist der Wandel der Erwerbsstrukturen in den Stadtstaaten mit überdurchschnittlichen Zuwächsen der Erwerbstätigkeit bei rückläufiger sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung besonders ausgeprägt.

Die sektorale Entwicklung ist von einem fortgesetzten Strukturwandel geprägt, der durch eine weitere Stärkung des Dienstleistungssektors im engeren Sinn und anhaltende Verluste des Produzierenden Gewerbes, aber auch der traditionellen Dienstleistungsbereiche gekennzeichnet ist (Tabelle 2). Der Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse im Land Bremen resultierte aus dem Verlust von insgesamt 2.400 Arbeitsplätzen im Verarbeitenden Gewerbe, je 1.200 Arbeitsplätzen im Baugewerbe und im Handel und 1.900 öffentlichen Beschäftigungsverhältnissen in den Bereichen Erziehung, Unterricht, Gesundheit und Sozialwesen. Im Sektor Unternehmensdienstleistungen, dem drittgrößten Wirtschaftszweig nach dem Verarbeitenden Gewerbe und dem Handel, konnte der Vorjahresstand nur knapp behauptet werden. Leichte Beschäftigungszuwächse erzielten die sonstigen Dienstleistungen und privaten Haushalte sowie das Gastgewerbe und der Bereich Energie- und Wasserversorgung.

Die bremische Wirtschaftsstruktur weist nach wie vor einen überdurchschnittlich hohen Anteil des Produzierenden Gewerbes und ein Defizit im zusammengefassten Bereich Unternehmensdienstleistungen/Kredit und Versicherung auf.

Tabelle 2: Sektorale Beschäftigungsentwicklung im Land Bremen

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte			
Wirtschaftsabschnitt	Land Bremen		Westdeutschland
	Stand Juni 2004	Veränderung zu Juni 2003	
Verarbeitendes Gewerbe	63.258	-3,7 %	-2,4 %
Energie- und Wasserversorgung, Steine und Erden	1.386	5,2 %	0,4 %
Baugewerbe	12.801	-8,4 %	-5,0 %
Handel, Kfz-Instandhaltung und -Reparatur	40.341	-2,9 %	-1,9 %
Gastgewerbe	6.738	0,4 %	-2,6 %
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	30.035	-0,1 %	-1,2 %
Kredit- und Versicherungsgewerbe	9.632	-3,0 %	-2,2 %
Unternehmensdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung	36.667	-1,0 %	1,0 %
Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung	11.441	-4,1 %	0,0 %
Erziehung und Unterricht	10.618	-6,5 %	-1,2 %
Gesundheits- u. Sozialwesen	31.432	-2,2 %	0,3 %
Sonstige Dienstleistungen, private Haushalte	18.037	1,7 %	-1,6%
Sonstige (Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Steine und Erden)	1.048	-9,7 %	-2,3 %
Gesamtwirtschaft	273.434	-2,5 %	-1,5 %

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Bundesagentur für Arbeit

Neben den quantitativen Aspekten zeigt sich bei einer mittelfristigen Betrachtung, dass sich die bremische Beschäftigungsentwicklung aufgrund der Expansion der unternehmensnahen Dienstleistungen in den zurückliegenden Jahren an das sektorale Entwicklungsmuster der bundesweiten Beschäftigungsentwicklung angeglichen hat.

Bei einer differenzierten Betrachtung der Beschäftigungsentwicklung nach Männern und Frauen zeigt sich, dass der Anteil der Frauenbeschäftigung an der Gesamtbeschäftigung über den gesamten Zeitraum der 90er Jahre bis an den aktuellen Rand stetig gestiegen ist. Gleichzeitig verringerte sich der Anteil der männlichen Beschäf-

tigten. Tabelle 3 gibt einen Überblick über die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von Frauen in Bremen.

Tabelle 3: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen

Jahr*	Land Bremen		Stadt Bremen		Stadt Bremerhaven	
	Insgesamt	In % aller	Insgesamt	In % aller	Insgesamt	In % aller
1991	123.329	39,6	100.683	39,2	22.276	41,5
1995	121.044	41,2	99.798	40,8	21.246	43,5
2003	119.755	42,7	100.226	42,2	19.529	45,3
2004	117.283	42,9	98.169	42,4	19.114	45,4

*Jeweils am 30.06. d.J.

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, ANBA (Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit), Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Allerdings handelt es sich lediglich um einen relativen Beschäftigungszuwachs bei den Frauen. Absolut ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Frauen im Land Bremen auch im Jahr 2004 noch einmal deutlich zurückgegangen. Gleichzeitig ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig teilzeitbeschäftigten Frauen in beiden Städten des Landes annähernd gleich geblieben, wodurch sich der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen an allen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen noch einmal erhöhte. D.h., der relative Beschäftigungszuwachs bei den Frauen ist in Bremen in besonderer Weise auf eine Zunahme der Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen. Tabelle 4 zeigt diese Entwicklung auf.

Tabelle 4: Sozialversicherungspflichtig teilzeitbeschäftigte Frauen

Jahr*	Land Bremen		Stadt Bremen		Stadt Bremerhaven	
	Insgesamt	In % aller	Insgesamt	In % aller	Insgesamt	In % aller
1991	35.359	28,7	29.023	28,8	6.336	28,4
1995	36.479	30,1	29.988	30,0	6.491	30,6
2003	41.703	34,8	35.156	35,1	6.547	33,5
2004	41.585	35,4	35.018	35,6	6.567	34,3

*Jeweils am 30.06. d.J.

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, ANBA (Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit), Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Die Arbeitslosigkeit im Land Bremen blieb im Jahresdurchschnitt 2004 gegenüber dem Vorjahr unverändert. In Deutschland kam es zu einem leichten Anstieg um 0,1 %, die Arbeitslosenquote bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen lag mit jahresdurchschnittlich unverändert 14,4 % (Deutschland 11,7 %) weiterhin deutlich über dem Bundesdurchschnitt (Tabelle 5). Damit waren im Land Bremen im Jahresdurchschnitt 2004 42.390 Menschen arbeitslos gemeldet. Nach wie vor ist die Situation insbesondere in Bremerhaven mit jahresdurchschnittlich 10.007 Arbeitslosen und einer Quote von 19,8% besonders negativ.

Tabelle 5: Arbeitslosigkeit im Land Bremen und Deutschland 2004

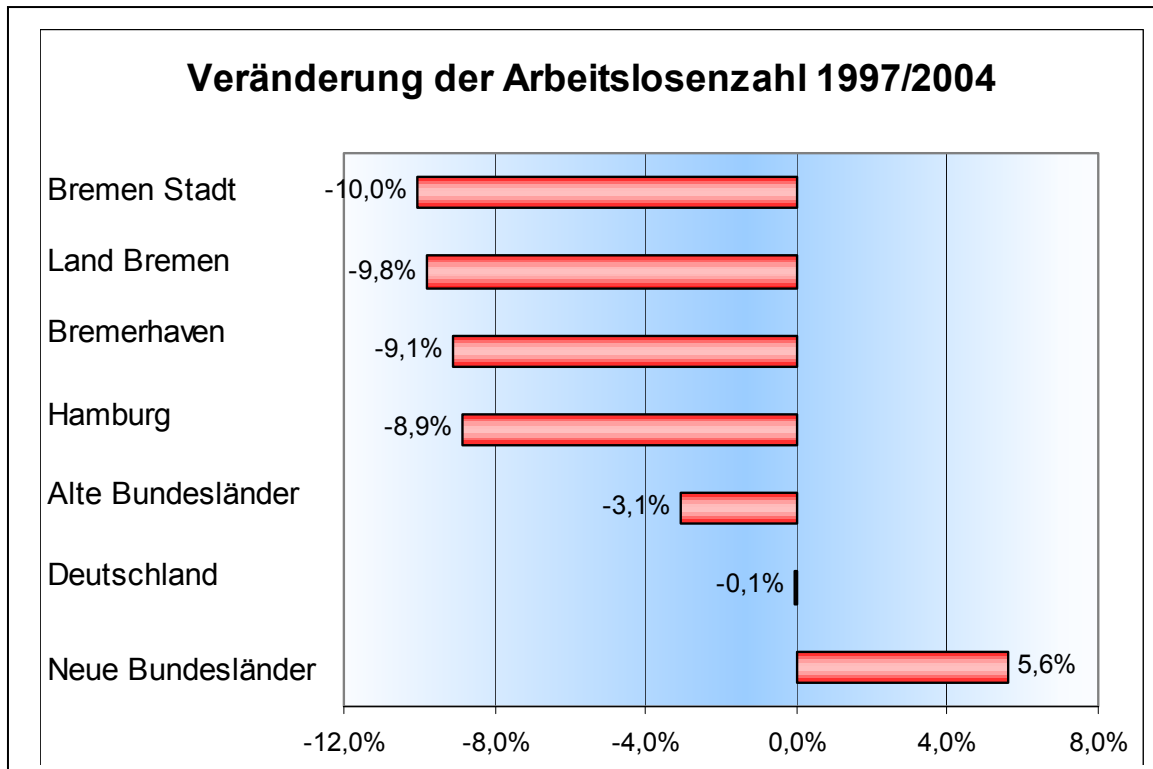
	Land Bremen	Stadt Bremen	Stadt Bremerhaven	Deutschland
Insgesamt	42.390	32.383	10.007	4.381.040
Männer	26.498	19.911	6.587	2.448.589
Frauen	15.892	12.472	3.420	1.932.451
Veränderung gegenüber Vorjahr				
Insgesamt	-23	+15	-38	5.013
in %	----	----	----	+0,1
Arbeitslosenquoten				
alle zivilen Erwerbspersonen	13,3	12,2	18,4	10,5
abhängige zivile Erwerbspersonen	14,4	13,3	19,8	11,7
darunter Männer	17,0	15,5	24,1	12,5
darunter Frauen	11,5	10,9	14,8	10,8

Quelle: Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnungen

Die Arbeitslosenquote im Land Bremen stieg von 1991 bis 1997 stetig auf 16,8 % an und koppelte sich damit von der gesamtdeutschen Entwicklung ab. Ein besonders starker Anstieg war dabei zwischen 1995 und 1997 (von 14,0 auf 16,8 %) zu verzeichnen. Die dauerhaft überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit ist u.a. Folge des Rückgangs der Industriebeschäftigung. Hier spielt der Rückgang der Beschäftigten im Schiffbau eine besondere Rolle: waren im Land Bremen 1995 noch ca. 5.200 Beschäftigte im Schiffbau tätig, so belief sich ihre Zahl 1999 nur noch auf ca. 1.600 Beschäftigte.

In einer längerfristigen Betrachtung zeigt sich, dass sich die Arbeitslosigkeit im Land Bremen - gemessen an der Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen - seit dem Höhepunkt im Jahr 1997 bis zum Jahr 2004 um 10 % verringert und damit dem seither unveränderten Bundesniveau tendenziell angenähert hat (Abbildung 1).

Abbildung 1: Veränderung der Arbeitslosenzahl



Quelle: Arbeitsamt Bremen, Bundesanstalt für Arbeit, eigene Darstellung

Die dennoch vergleichsweise ungünstige Entwicklung des bremischen Arbeitsmarktes spiegelt sich auch in der Frauenarbeitslosigkeit wieder, deren Struktur und Ausmaß im Vergleich zum Bundesdurchschnitt jedoch eine Besonderheit aufweist: Mit 14,8% war die Frauenarbeitslosenquote in Bremerhaven im Jahre 2004 deutlich höher als im Bundesdurchschnitt (10,8%), lag gleichzeitig aber auch rund zehn Prozentpunkte unter der der Männer (24,1%). In Bremen-Stadt liegt die Frauenarbeitslosenquote mittlerweile fast gleichauf mit dem Bundesdurchschnitt (10,9 bzw. 10,8%), liegt aber gleichzeitig über vier Prozentpunkte unter der der Männer. Dieses deutliche Ungleichgewicht auf dem bremischen Arbeitsmarkt ist darauf zurückzuführen, dass die strukturelle und konjunkturelle Krise beider Städte in den 90er Jahren traditionell männliche Beschäftigungsdomänen (etwa in der Werft-, Stahl- und Fische-

reindustrie) getroffen hat und damit die Zahl der männlichen gegenüber der weiblichen Arbeitslosen stärker angestiegen ist.

Über den gesamten Zeitraum seit Beginn der 90er Jahre zeigt sich, dass die Abstände zwischen Männer- und Frauenquoten insbesondere in der zweiten Hälfte der 90er Jahre und am aktuellen Rand größer geworden sind. Führt man diesen Befund mit dem relativ stärkeren Anstieg der Frauenbeschäftigung insbesondere im Teilzeitbereich zusammen (Tabellen 3 und 4), so kann dies als Hinweis darauf gewertet werden, dass die Zugangschancen zum bremischen Arbeitsmarkt für Frauen in den neu entstandenen Dienstleistungsbereichen in den vergangenen Jahren besser geworden sind.

Dies scheint sich für die Arbeitsmärkte beider Städte zu bestätigen: die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Zeitraum zwischen 1997 und 2004 getrennt nach Männern und Frauen ergibt in Bremerhaven einen Rückgang der Frauenarbeitslosigkeit um rund 21,0%, bei den Männern hingegen verringerte sich die Arbeitslosigkeit kaum. Ein ähnliches Bild zeigt sich in der Stadt Bremen, hier verringerte sich die Frauenarbeitslosigkeit um rund 18%, während bei den Männern 3,2% weniger Arbeitslose zu verzeichnen waren.

Wenngleich die Wirtschaftsdaten in einer langfristigen Perspektive eine Verbesserung der Situation im Land Bremen andeuten, erscheint es noch zu früh in diesem Zusammenhang von einer nachhaltigen Trendumkehr zu sprechen. Die regionale Wirtschaftsstruktur ist nach wie vor auf das Verarbeitende Gewerbe konzentriert, gleichzeitig ist die Wachstumsdynamik im Bereich des Dienstleistungssektors und hier vor allem im Bereich der innovativen und technologieorientierten Dienstleistungen noch zu gering ausgeprägt.

A.2 Kohärenz der einzelnen Fonds untereinander sowie mit den Interventionen der sonstigen Finanzinstrumente (insbes. Integration mit Ziel 3)

Das Land Bremen verfügt über langjährige Erfahrungen im Bereich der **Verknüpfung der EFRE- mit der ESF-Förderung**, diese Verzahnungsstrategie soll auch künftig fortgesetzt und fortgeschrieben werden. Dazu wurden im Zuge der Programmerstellung für die Ziele 2 und 3 für den Zeitraum 2000 bis 2006 zwischen dem Wirtschafts- und Arbeitsressort programmübergreifend arbeitsmarkt- und strukturpolitische Aktivitäten gemeinsam entwickelt.

Die geplanten regionalpolitischen Programmschwerpunkte des bremischen Ziel-2-Programms werden durch die bremischen ESF-Förderungen im Rahmen des Ziel-3-Programms flankiert. Die Strategien und Schwerpunkte der Qualifizierungs- und Be-

schäftigungspolitik des Landes korrespondieren u. a. mit den Schwerpunkten des Ziel-2-Programms: Die Entwicklung hin zu einem regionalen Dienstleistungsarbeitsmarkt, die Förderung des Technologietransfers, des Unternehmergeistes und die Entwicklung der Wissens- und Informationsgesellschaft werden explizit als Ziele genannt. Damit ist eine ausreichende Integration von EFRE- und ESF-Förderung gegeben. Weitere ESF-Maßnahmen innerhalb des Ziel-2-Programms könnten deshalb keinen signifikanten Beitrag leisten und sind deshalb nicht erforderlich. Es würde vielmehr die Gefahr einer Doppelung mit der Ziel-3-Förderung bestehen. Gleichzeitig bedeutet dieses Vorgehen eine Vereinfachung der administrativen Umsetzung des – relativ kleinen - Ziel-2-Programms Bremen vor dem Hintergrund, dass auch die Verordnung (EG) Nr 1260/1999 eine Beteiligung des ESF erst ab einem Anteil von 5% des Mittelvolumens für sinnvoll hält. Beim bremischen Ziel-2-Programm handelt es sich somit um ein Monofondsprogramm, bei dem Interventionen ausschließlich über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert werden.

Die arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten im Ziel-3-Programm werden durch die wirtschafts- und strukturpolitischen Aktivitäten im Rahmen des Ziel-2-Programms 2000 - 2006 investiv flankiert. Die investive Ergänzung des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP) ist daher in das Ziel-2-Programm integriert. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der engen Verzahnung bremischer Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik mit anderen relevanten Politikfeldern im Bereich der Wirtschafts-, Struktur-, Umwelt- und Technologiepolitik möglich gewesen. Die konzeptionelle und strategische Verschränkung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Landes bietet so die Chance, inhaltliche und finanzielle Synergieeffekte zu realisieren.

Die programmübergreifende Verzahnung der regionalen Wirtschaftsstruktur- und Arbeitsmarktpolitik findet also zum einen durch die Flankierung der Arbeitsmarktpolitik durch die regionalpolitischen, investiven Programmschwerpunkte des bremischen Ziel-2-Programms und zum anderen durch die bremischen ESF-Förderungen im Rahmen des Ziel-3-Programms statt, welches die Schwerpunkte des Ziel-2-Programms durch qualifizierungs- und beschäftigungsfördernde Maßnahmen begleitet. Insbesondere sind integrierte Förderungen vorgesehen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, im Rahmen der Tourismusförderungen, bei der städtischen Förderung und lokalen Entwicklungsprojekten.

In diesem Zusammenhang sind insbesondere folgende strategische Ausrichtungen der Ziel-3-Förderung des Landes Bremen für die Jahre 2000 – 2006 von Bedeutung:

- Berücksichtigung der **Gleichstellung von Frauen und Männern**: Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist ein allgemeines Ziel des ESF und hatte auch im Land Bremen in der Vergangenheit einen hohen Stellenwert. Das Land Bremen

wird das Prinzip der Chancengleichheit im Sinne der EU („gender-mainstreaming-Ansatz“) umzusetzen versuchen. Das bedeutet, dass alle Programme, Maßnahmen und Initiativen so gestaltet sein müssen, dass sie der Gleichstellung von Frauen und Männern im Rahmen der Chancengleichheit beim Zugang zum Arbeitsmarkt Rechnung tragen. In diesem Bereich findet - wie oben beschrieben - eine enge Koordinierung mit einzelnen Fördervorhaben des EFRE im Ziel-2-Programm 2000 - 2006 statt. Somit stehen die im Rahmen des ESF unmittelbar auf Personen abzielenden und damit sehr zielgerichteten Gender-Ansätze mittelbar auch in Verbindung mit der EFRE-Förderung. Hier wird ein wesentlicher Beitrag zur Erfüllung des Gender Mainstreaming über die Ziel-3-Förderung geleistet, welcher in anderen Regionen über eine ESF-Beteiligung im Rahmen von Ziel 2 direkt umgesetzt wird. Dies soll die EFRE-Förderung jedoch nicht von der Notwendigkeit entbinden, dort ebenfalls vorhandene Potenziale zur Berücksichtigung der Chancengleichheit auszuschöpfen. Gleichwohl liegen hierzu noch vergleichsweise wenig Erfahrungen vor und der Charakter der überwiegend infrastrukturellen Förderung bedingt andere und zudem häufig nur indirekt wirkende Vorgehensmöglichkeiten.

- Berücksichtigung der **nachhaltigen Entwicklung**: Unter dem Begriff „Nachhaltige Entwicklung“ wird ein neues Entwicklungsmodell verstanden, mit dem drei Ziele angestrebt werden, die sowohl für die heutigen als auch die zukünftigen Generationen erreichbar sein sollen: dauerhaftes Wirtschaftswachstum, sozialer Zusammenhalt durch Beschäftigung und hohe Lebensqualität für alle, Verbesserung und Erhaltung der lebensnotwendigen natürlichen Ressourcen. Da es sich hier hauptsächlich um Maßnahmen der regionalen Entwicklung, die in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt anzusiedeln sind, handelt, wird der ESF einen flankierenden Beitrag durch verschiedene Interventionsformen wie z. B. Maßnahmen zur beruflichen Bildung oder Beschäftigung im Umweltbereich leisten.
- Beachtung der sozialen und arbeitsmarktpolitischen Dimension der **Informationsgesellschaft**: Das Land Bremen verfolgte bereits in der Förderperiode 1994 - 1999 das Ziel, den Strukturwandel zur Informationsgesellschaft zu unterstützen bzw. qualifikatorisch zu begleiten. In Zusammenarbeit mit allen beteiligten Akteuren sind bereits themenzentrierte Projekte durchgeführt oder begonnen worden. Es ist z. B. mit dem von der EU geförderten Projekt BRISE gelungen, unter Beteiligung aller relevanten Gruppen die Entwicklung von Strategien und Aktionen zur bestmöglichen Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken voranzutreiben. Förderaktivitäten des ESF werden mit Projekten des EFRE im Rahmen des Ziel-2-Programms 2000 - 2006 zum Bereich Informationsgesellschaft koordiniert. Mit dem Einsatz dieser Technologien wird die Möglichkeit zur Zusammenarbeit auf nationaler, europäischer und weltweiter Ebene erheblich

verbessert und erleichtert. In der aktuellen Förderphase wird das Land Bremen bestrebt sein, Unternehmen, Beschäftigte, Arbeitslose und Existenzgründer/innen auf dem Weg zur Informations- und Dienstleistungsgesellschaft durch flankierende Qualifizierungsmaßnahmen zu unterstützen und zu begleiten. Die Erweiterung der Medienkompetenz wird ebenfalls einen sehr hohen Stellenwert als Querschnittskompetenz in allen Maßnahmen einnehmen.

- **Förderung lokaler Entwicklungsprojekte und lokaler Beschäftigungsinitiativen**, einschließlich territorialer Beschäftigungsbündnisse: Im Sinne einer sozialen und nachhaltigen kommunalen und regionalen Entwicklung sollen kommunale/lokale Entwicklungsprojekte unterstützt werden. Das Land Bremen realisiert in zwei ausgewählten Ziel-2-Gebieten - Ortsteile Hemelingen (Bremen) und Geestendorf (Bremerhaven) – Projekte in vergleichsweise ähnlicher Form, wie sie in der regionalen Gemeinschaftsinitiative URBAN in Bremen-Gröpelingen sowie im Rahmen von Artikel 10 (EFRE-Verordnung) in Bremerhaven Grünhöfe erfolgreich umgesetzt wurde. Diese Vorhaben sollen durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergänzt bzw. flankiert werden. Das von der Europäischen Kommission geförderte territoriale Beschäftigungsbündnis in Bremen (TEP) hat wirksame beschäftigungsfördernde Maßnahmen und Initiativen auf den Weg gebracht und begleitet. Aufgrund seiner erfolgreichen Arbeit soll dieser Ansatz in der aktuellen Programmplanungsphase weiter etabliert und gefördert werden.

B. Stand der Durchführung der einzelnen Schwerpunkte und Maßnahmen

B.1 Beschreibung der Maßnahmen und Projekte inklusive Analyse der Indikatoren sowie Vergleich der erreichten Ergebnisse mit der Ex-ante-Evaluierung

In diesem Abschnitt wird über den Stand der Durchführung berichtet, sowie ein Abgleich mit den Zielgrößen der Ex-ante-Evaluierung der einzelnen Schwerpunkte und Maßnahmen vorgenommen.

In der folgenden maßnahmespezifischen Darstellung sind die Mittelbindungen und Zahlungen sowohl für das Jahr 2004 als auch für den Gesamtzeitraum von 2000 bis Ende 2004 genannt. Die den einzelnen Maßnahmen zugeordneten Interventionsbereiche sind nachfolgend in Klammern angegeben und sind in der Tabelle im Anhang 1 aufgeführt. Zum Stand der Mittelbindung und Auszahlung siehe auch Anhang 2. Im Text sind die Prozentangaben der Mittelbindung gerundet.¹

Schwerpunkt 1: Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur

Im Schwerpunkt 1 sind von 19.628.102 € am 31.12.2004 13.388.062 € (68,21 %) der Mittel gebunden und 7.956.933 € (40,54 %) ausgezahlt gewesen. Die Mittelbindung im Zeitraum 01.01.2004 bis 31.12.2004 beträgt 2.405.769 €, die Auszahlung im selben Zeitraum liegt bei 641.461 €.

Maßnahme 1.1: Finanzierungshilfen für KMU (161)

Die Förderung von KMU über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) ist seit 1989 Bestandteil der Bremer Ziel-2-Programme. 1994 trat mit dem Landesinvestitionsförderprogramm (LIP) ein weiteres Programm speziell für KMU hinzu.

Im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) können Investitionen der gewerblichen Wirtschaft und der wirtschaftsnahen Infrastruktur in strukturschwachen Gebieten gefördert werden,

¹ Mittelbindung und Auszahlung per Datenbestand im EFRE Plan vom 02.05.2005.

durch die die Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft gestärkt und neue Arbeitsplätze geschaffen bzw. vorhandene Arbeitsplätze gesichert werden. Voraussetzung ist, dass die geförderten Betriebsstätten sowohl im GA- als auch im Ziel-2-Fördergebiet ihren Sitz haben. Die GA-Förderung innerhalb des Ziel-2-Programms setzt sich aus 50 % EFRE-Mitteln und 50 % Landesmitteln zusammen, es sind also keine Bundesmittel aus der GA enthalten.

Seit 1997 können auch im Rahmen der GA die im Rahmen des Landesinvestitionsförderprogramms gewährten besonderen Bonusförderungen für die Schaffung von Frauenarbeits- und Ausbildungsplätzen vergeben werden (s.u.).

Im Rahmen des Landesinvestitionsförderprogramms werden aus Mitteln des Wirtschaftspolitischen Aktionsprogramms (WAP) des Landes Bremen Investitionszuschüsse zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) des Handwerks, des Handels, der Industrie, der gewerbeorientierten freien Berufe, des Dienstleistungsgewerbes sowie sonstiger Gewerbetreibender im Lande Bremen nach Maßgabe dieser Richtlinie gewährt. Daneben werden Bonusförderungen für die Schaffung von Frauenarbeitsplätzen und für die Schaffung von Ausbildungsplätzen sowie Zuschüsse für Beratungsleistungen gewährt. Die hierfür bewilligten Landesmittel sind zusätzliche Finanzierungshilfen. Sie sind nicht dazu vorgesehen, andere öffentliche oder sonstige Mittel Dritter zu ersetzen.

Die Kriterien für eine Bonusförderung wurden im Jährlichen Durchführungsbericht für das Jahr 2002 ausführlich dargestellt. Der Bericht kann unter www.efre-bremen.de abgerufen werden.

Der früher gewährte Umweltbonus wurde vom Land Bremen aus der Notifizierung des LIP genommen, nachdem die Generaldirektion Wettbewerb massive Bedenken gegen diesen Umweltbonus geäußert und ein Prüfverfahren eröffnet hatte. Das LIP wurde daraufhin von der Kommission genehmigt. Zur Unterstützung umweltfreundlicher Investitionen bietet das Land Bremen spezifische Umweltförderprogramme an. Zu nennen sind die Richtlinie zur Förderung der sparsamen und rationellen Energienutzung (REN-Richtlinie) und die Richtlinie zur Förderung von Investitionen für den Aufbau einer Kreislauf-Wirtschaftsinfrastruktur. Die Konditionen sind für die Unternehmen dabei zum Teil sogar deutlich besser als bei der bisherigen LIP-Förderung.

Die Förderung im Rahmen des Landesinvestitionsförderprogrammes (LIP) stellt eine wichtige Säule zur Stärkung der Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen im Land Bremen dar. Gefördert wurden überwiegend kleine Unternehmen (unter 50 Beschäftigte) im Sinne der Grenzen der KMU-Richtlinie.

Mit der Umsetzung dieser Maßnahme wurde im Jahr 2000 begonnen. Im September 2004 wurden nach Beschlußfassung des Begleitausschusses 536.813 € von dieser Maßnahme zur Maßnahme 1.2 verschoben, um die Umsetzung eines weiteren Projektes zu ermöglichen. Der Maßnahme 1.1 stehen seit dem 16.438.822 € zur Verfügung. Hiervon wurden bis Ende 2004 10.964.982 € (66,70 %) gebunden und 6.887.084 € (41,90 %) ausgezahlt. Die Mittelbindung im Zeitraum 01.01.2004 bis 31.12.2004 beträgt 2.405.769 €, die Auszahlung im selben Zeitraum liegt bei 409.271 €.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Im Berichtszeitraum (2004) wurden 21 neue Projekte bewilligt, bis Ende 2004 wurden insgesamt 110 Unternehmen gefördert². Bei den neu bewilligten Projekten handelte es sich in 13 Fällen um Betriebserweiterungen, sechs Unternehmen wurden neu errichtet, zwei Beihilfen bezogen sich auf den Erwerb einer von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte. Von den im Jahr 2004 bewilligten Förderfällen konnten in einem Fall ein Bonus für die zusätzliche Schaffung von Frauenarbeitsplätzen vergeben werden („Frauenbonus“). In drei Fällen gab es Boni für die Neuschaffung von Ausbildungsplätzen in Höhe von 15.000 €. Bonusförderungen für nachgewiesene Umweltinvestitionen („Umweltbonus“) können – wie eingangs erwähnt - nicht mehr bewilligt werden.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die im Jahr 2004 im Rahmen von GA/LIP bewilligten Projekte:

² Insgesamt mussten 19 Förderfälle bei der Berechnung der Indikatoren wieder herausgenommen werden, da in diesen Fällen Widerrufe oder Insolvenzen vorliegen. Bei der Ermittlung der Wirkungen werden nur die um diese Fälle bereinigten Werte herangezogen.

2004	Bremen	Bremerhaven	Gesamt
neu bewilligte Förderfälle	4	17	21
Projekte mit Frauenbonus	0	1	1
Neuerrichtungen	1	5	6
Betriebserweiterungen	3	10	13
Erwerb einer v. Stilllegung bedr. Betriebsstätte	0	2	2
Neu geschaffene Arbeitsplätze, gesamt	50,0	107,0	157,0
davon für Männer	39,0	85,5	124,5
davon für Frauen	6,0	13,5	19,5
davon für Azubis	5,0	8,0	13,0
Gesicherte Arbeitsplätze	69,7	264,2	333,9
davon für Männer	42,4	186,6	229
davon für Frauen	16,3	56,6	72,9
davon für Azubis	11	21	32,0
Induziertes gesamtes Investitionsvolumen	1.612.000 €	17.960.375 €	19.572.375 €

* insg. in Höhe von 9.200 €

Die sektorale Zusammensetzung der geförderten Fälle stellt sich folgendermaßen dar:

Jahr	Bremen		Bremerhaven	
	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen
2000	52,6 %	47,4 %	72,7 %	27,3 %
2001	62,5 %	37,5 %	57,1 %	42,9 %
2002	37,0 %	63,0 %	50,0 %	50,0 %
2003	0,0 %	100,0 %	10,0 %	90,0 %
2004	25,0 %	75,0 %	64,7 %	35,3 %

In den Jahren bis einschließlich 2004 wurden insgesamt 110 Finanzierungshilfen für KMU gewährt. Das liegt bereits jetzt in der Spanne der ex ante bis zum Jahre 2006 quantifizierten Wirkungen (70 – 130 Unternehmen).

Das ex ante insgesamt quantifizierte private Investitionsvolumen beträgt rund 103 Mio. €. Mit den bislang erreichten rund 92 Mio. € wird dieser Wert Ende 2004 zu rund 90 % erreicht - bei noch verbleibenden drei Jahren Laufzeit des Ziel-2-Programms.

Bislang konnten Unternehmen durch die Finanzierungshilfen insgesamt 412 neue Arbeitsplätze schaffen. Das entspricht gut 80 % der Ex-ante-Quantifizierung (500 - 800 zusätzliche Arbeitsplätze).

Die gesicherten Arbeitsplätze addieren sich bislang auf rund 1.610. Das sind rund 80% der ex ante anvisierten Zielmarke (2.000 – 2.500 gesicherte Arbeitsplätze).

Die Summe der insgesamt bereits vergebenen „Frauenboni“ beträgt rund 66.000 €. Umweltboni fielen insgesamt in Höhe von 79.000 € an, ab dem Jahr 2002 können keine Umweltboni mehr vergeben werden. Für Boni gibt es keine Ex-ante-Quantifizierung.

Im Jahr 2004 hat sich die Umsetzung der Maßnahme im Vergleich zum Jahr 2003 wieder etwas beschleunigt, insbesondere in der Stadt Bremerhaven.

Maßnahme 1.2: Innovative Existenzgründungen (163)

Für diese Maßnahme stehen nach der vom Begleitausschuss im September 2004 genehmigten Aufstockung insgesamt 3.189.280 € zur Verfügung.

Bis Ende 2004 waren 2.423.080 € (75,98 %) gebunden und 1.069.849 € (33,55 %) ausgezahlt. Auf das Jahr 2004 entfallen 0 € an Mittelbindung und 232.189 € an Auszahlung. Die Aufstockung war für das Existenzgründerberatungsprojekt „Coach auf Zeit“ vorgesehen. Das Projekt wird jedoch wegen kurzfristig veränderter Prioritätensetzung nicht weiter verfolgt. Der Beratungsbedarf im Sinne einer aktiven Krisenprävention soll durch die landeseigenen Wirtschaftsförderungsgesellschaften (z. B. im Rahmen der Bestandspflege oder dem Management der Technologie- und Gründerzentren) geleistet werden.

Förderziel ist die Unterstützung der Vorbereitung von Existenzgründungen durch HochschulabsolventInnen und Young Professionals zur Initiierung innovativer Unternehmensgründungen. Bewerben können sich Personen, die ihr Hochschulstudium oder ihre Promotion innerhalb der letzten fünf Jahre abgeschlossen haben, oder die kurz vor Abschluss derselben stehen, und die sich in Bremen oder in Bremerhaven selbständig machen wollen. Gefördert werden innovative Ideen für Produkte oder Dienstleistungen aus den Bereichen Telekommunikation, IuK-Technologie, Multime-

dia, Entertainment, Gesundheits- und Umweltwirtschaft oder Biotechnologie. Die Förderung erfolgt in Form eines Gründungstrainings, betriebswirtschaftlicher Qualifizierung sowie finanzieller Unterstützung durch sogenannte Meilensteinförderung.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Im Jahr 2004 wurden 30 Personen mit 20 Gründungsvorhaben im Rahmen dieser Existenzgründungsinitiative unterstützt. In den Jahren 2002 – 2004 haben insgesamt 78 Teilnehmer (davon 16 Frauen) mit 53 Gründungsvorhaben an dem Existenzgründungskoaching teilgenommen. Bisher kam es zu 20 Existenzgründungen, davon acht im Jahr 2004. Es entfielen insgesamt fünf Gründungen auf das Produzierende Gewerbe und 15 auf den Bereich Dienstleistungen. Die Wertigkeit der gegründeten Unternehmen unterstreicht die Tatsache, dass sechs Gründungen der Spitzentechnik zuzuordnen sind, zwei der höherwertigen Technik, immerhin noch neun dem technologieintensiven Dienstleistungsgewerbe und drei der Kategorie Sonstige.

Insgesamt entstanden im Zuge der Existenzgründungen 33 Arbeitsplätze (davon acht für Frauen). Die Qualität der neuen Arbeitsplätze wird dadurch deutlich, dass 22 Hochschulabsolventen diese Stellen besetzten (davon sieben Frauen). Insgesamt entstanden 26 Arbeitsplätze mit Leitungsfunktion (davon vier für Frauen).

Die Marktfähigkeit der Vorhaben wird dadurch belegt, dass alle Unternehmen, deren Gründung max. drei Jahre zurückliegt, noch bestehen (inkl. alte Förderperiode).

Die Anzahl der TeilnehmerInnen (StipendiatInnen) soll laut Ex-ante-Quantifizierung rund 15 pro Jahr betragen, wobei es im Programmzeitraum zu insgesamt 50 - 70 Existenzgründungen kommen soll. Die Anzahl der Teilnehmer liegt derzeit deutlich über der Quantifizierung (78 in drei Jahren). Mit den realisierten 20 Existenzgründungen sind knapp 40 % der Zielvorgabe eingetreten.

Mittlerweile liegt ein Gutachten vor, das diese Existenzgründungsinitiative mit ihrem Konzept und ihren Wirkungen untersucht hat. Insgesamt stellen die unabhängigen Bewerter dem Existenzgründungsprogramm ein sehr gutes Zeugnis aus und loben insbesondere die intensive Begleitung der angehenden Gründer, was sich wiederum positiv auf die Qualität und Marktfähigkeit der Gründungen auswirkt.

Schwerpunkt 2: Stärkung des Dienstleistungssektors

Im Schwerpunkt 2 sind von 128.457.976 € bis Ende 2004 75.812.141 € (59,02 %) gebunden und 53.607.928 € (41,73 %) ausgezahlt worden. Auf das Jahr 2004 entfallen 9.940.793 € an Mittelbindungen und 5.443.899 € an Auszahlungen.

Maßnahme 2.1: Förderung der Informationsgesellschaft (322)

Das Mittelvolumen dieser Maßnahme wurde durch die Änderungsentscheidung K(2002) 1656 von 37.134.200 € auf 32.762.654 € reduziert. Mit dem Antrag zur Einstellung der Leistungsgebundenen Reserve ist eine weitere Reduzierung dieser Maßnahme um rund 14 Mio. € vorgenommen worden. Da sich das Mittelvolumen des Schwerpunktes 2 nicht ändert, war die Beschlussfassung des Begleitausschusses für diese Reduzierung maßgeblich. Das neue Mittelvolumen der Maßnahme beträgt 18.698.654 € (siehe auch D.5).

Die Umsetzung dieser Maßnahme hat 2003 begonnen. Im Jahr 2004 wurden 0 € gebunden und 250.314 € ausgezahlt. Die Mittelbindung insgesamt beträgt 2.119.056 € (11,33 %), ausgezahlt wurden 283.593 € (1,52 %)

Zurzeit befinden sich zwei Projekte in der Ziel-2-Förderung. Bei den Projekten handelt es sich zum einen um den Aufbau eines Kompetenzzentrums "Softwareentwicklung, Simulation und Optimierung betrieblicher Abläufe in der maritimen Wirtschaft" in Bremerhaven; zum anderen die Einrichtung eines Institutes für Informations- und Kommunikationstechnologien mit dem Schwerpunkt biologische Informationssysteme in Bremerhaven (BIBIS). Im November 2004 wurden zwei Projekte von den Wirtschaftsförderausschüssen beschlossen, aber noch nicht begonnen. Es handelt sich hier um die Einrichtung eines Förderprogramms „eEntertainment und eCulture“ sowie um die Ansiedlung einer Arbeitsgruppe des Fraunhofer-Instituts für Medienkommunikation, St. Augustin. Das Förderprogramm soll innovative Projekte aus dem Themengebiet eEntertainment und eCulture fördern, insbesondere aus den Zielthemen mobile Gaming, Edutainment, e/mCulture oder e/mTourismus³. Zielgruppe sind Unternehmen, wissenschaftliche Einrichtungen im Rahmen von Verbundprojekten und Institutionen. Für das Förderprogramm sollen 2,2 Mio € bereitgestellt werden. Basis für das Förderprogramm ist die FuE-Richtlinie, die mit dem letzten Änderungsantrag für die Maßnahme 2.1 genehmigt wurde.

Ziel der Ansiedlung der Arbeitsgruppe ist die Entwicklung eines Kompetenzzentrums für anwendungsbezogenen Forschung und Entwicklung im Bereich eCulture / eEn-

³ e = electronic, m = mobile

tainment. Zu den Aufgaben der Arbeitsgruppe zählen die Forschung und Entwicklung sowie der Transfer neuer Konzepte, Prototypen, Services und Produkte für interaktive Medien in Kunst, Kultur und Entertainment. Für die Ansiedlung wurden rund 1,4 Mio € bereitgestellt.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Die zwei in der Förderung befindlichen Projekte sind der Kategorie „Modellprojekte“ zuzurechnen. Im Rahmen dieser Projekte ist die Schaffung von 12 direkten neuen Arbeitsplätzen geplant. Davon realisiert wurden bislang sieben Arbeitsplätze.

Die wesentlichen Effekte dieser Transferprojekte werden aber im Bereich von indirekten Arbeitsplatzeffekten bei den Betrieben liegen, die vom Know-how des Technologietransfers profitieren. Eine seriöse Quantifizierung dieser Effekte ist nicht möglich.

Laut Ex-ante-Quantifizierung soll die Maßnahme insgesamt 15 Förderfälle umfassen. Die bislang umgesetzten zwei Projekte entsprechen 13%.

Angesichts dieser Umsetzungswerte ist eine weitere erhebliche Dynamisierung dieser Maßnahme erforderlich.

Maßnahme 2.2: Technologie-orientierte Einrichtungen/Technologietransfer (182)

Mit dem Antrag auf Einstellung zur Leistungsgebundenen Reserve wurde eine Erhöhung dieser Maßnahme um gut 2 Mio. € entschieden. Das neue Mittelvolumen dieser Maßnahme beträgt 45.532.246 €. Ein Teil dieser Maßnahme fällt in den Verantwortungsbereich des Arbeitsressorts zur Umsetzung des Landesprogramms Arbeit und Technik. Hier wurde der Mittelansatz von 18,407 Mio € auf 10,014 Mio € reduziert. Der Bereich dieser Maßnahme, der vom Wirtschaftsressort umgesetzt wird, hat sich von 24,690 Mio € auf 35,518 Mio € erhöht. Zusätzlich wurde das FuE-Programm des Landes Bremen zur Förderung der Forschung und Entwicklung in betrieblichen Innovationsprojekten als Beihilferegelung in das Ziel-2-Programm aufgenommen. Durch die Förderung aus dem FuE-Programm sollen insbesondere die in den technologieorientierten Einrichtungen angesiedelten Unternehmen ihre technologische und wirtschaftliche Kompetenz durch Innovationssprünge erweitern und ihre Innovationsfähigkeit nachhaltig stärken.

In dieser Maßnahme konnten bis 31.12.2004 31.926.030 € (70,12 %) gebunden und 23.827.879 € (52,33 %) ausgezahlt werden. Auf das Jahr 2004 entfallen 4.555.653 € an Mittelbindung und 1.814.587 € an Auszahlung.

Im Rahmen des Landesprogramms Arbeit und Technik wurden im Jahr 2004 fünf neue Projekte bewilligt, insgesamt mit rund 2,8 Mio € Mittelvolumen. Im Bereich des Wirtschaftsressorts wurde die Fortsetzung des Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrums (BRIG) bewilligt (rund 1,2 Mio €) sowie ein Projekt zur Stärkung der Biotechnologie (rund 0,5 Mio €) beauftragt.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Technologie - Infrastrukturprojekte

Mit den drei geförderten Technologie-Infrastrukturprojekten ist die ex ante formulierte Zielgröße erreicht. Diese drei Projekte sind Technologie- und Gründerzentren. Die geförderte Nutzfläche beträgt insgesamt rund 6.600 qm. In den Gründerzentren waren zum Stichtag 31.12.2004 insgesamt 56 Unternehmen tätig (14 im Gründerzentrum Airport, 34 im BRIG Bremerhaven, acht im Biotechnologiezentrum Bremerhaven).

Insbesondere die Auslastung des Biotechnologiezentrums in Bremerhaven mit geeigneten Mietern stellt sich außerordentlich positiv dar. Ebenso hat das Gründerzentrum Airport mit nun 14 Unternehmen (Vorjahr: 11) seine Quote gesteigert.

Verbundprojekte / Kooperationspartner

Die Ex-ante-Quantifizierung ging von insgesamt fünf Verbundprojekten im Bereich „Arbeit und Technik“ aus. Mittlerweile werden 13 Projekte auf der Basis des Landesprogramms „Arbeit und Technik“ gefördert, womit die Zielvorgabe übererfüllt ist.⁴

Laut Ex-ante-Quantifizierung sollten sich an den Verbundprojekten insgesamt bis zu 30 Kooperationspartner beteiligen. Bisher sind 36 Kooperationspartner (Vorjahr 2003: 31 Kooperationspartner) aus verschiedenen Branchen einbezogen, wobei die Kategorien „Logistik“ und „Sonstige“ überwiegen.

Aber auch an drei weiteren Projekten sind Kooperationspartner beteiligt: An der Transferagentur „InnoWi GmbH“, am Projekt „PHOENIX“ und am Projekt „BILB“ (Bremerhavener Institut für Lebensmitteltechnologie und Bioverfahrenstechnik). Hier kommen wie im Vorjahr 2003 nochmal insgesamt 17 Partner zusammen (drei aus der Luft- / Raumfahrt und 14 aus sonstigen Wirtschaftsbereichen).

Im Hinblick auf Akzeptanz und offensichtliche Übereinstimmung mit dem Bedarf ist hervorzuheben, dass die „InnoWi“ im Jahr 2003 ihre Beratungszahl mit 350 Kontakten auf dem Vorjahresniveau stabilisieren konnte. Das BILB führte insgesamt im Jahr 2004 rund 150 Beratungen mit Transferhintergrund durch. Darüber hinaus initiierte das BILB im Jahr 2004 rund 75 Kooperationen oder Verbundvorhaben.

⁴ Insgesamt sind 13 Projekte in der Ziel-2-Förderung, allerdings wurden 5 per Indikatorenbogen noch nicht erfasst, da diese erst Ende 2004 bewilligt wurden.

Ansiedlungen / Arbeitsplätze

In der aktuellen Programmperiode siedelten sich in den Gründerzentren insgesamt 46 Unternehmen an (16 aus dem Bereich Spitzentechnik, sechs höherwertige Technik, 15 technologieintensives Dienstleistungsgewerbe, neun Sonstige). Im Zuge dessen entstanden 190 neue Arbeitsplätze in den Gründerzentren (davon 39 für Frauen). Rund 135 dieser Arbeitsplätze entfallen auf FuE-Personal (davon 21 Frauen). Ex ante wurde die Zielmarke bei 150 – 200 geschaffenen Arbeitsplätzen für die Gründerzentren gesetzt. Diese Marke ist zu 100 % erreicht. Die Frauenquote liegt dabei mit 20 % niedriger als ex ante quantifiziert (40 %).

Zusätzlich entstanden drei neue Arbeitsplätze bei der „InnoWi“ GmbH und 4 im BILB. Hier handelt es sich durchweg um hochwertige Arbeitsplätze.

Die gesicherten Arbeitsplätze, die dem Bereich „Arbeit und Technik“ zuzuordnen sind, umfassen derzeit 768 Beschäftigte (davon 22 % Frauen) in den beteiligten Unternehmen. Die Ex-ante-Quantifizierung ging von 240 Arbeitsplätzen aus. Allerdings bleibt auch hier die Quote der Frauenarbeitsplätze hinter der Ex-ante-Quantifizierung von 40 % zurück.

Neu entstanden sind im Rahmen der „Arbeit und Technik“ Projekte bislang 36 Arbeitsplätze (davon 23 Frauen), wobei es sich allerdings überwiegend nicht um Dauerarbeitsplätze handeln dürfte, sondern solche mit Projektcharakter.

Das langfristige Ziel des Projekts „PHOENIX“ ist die Sicherung von 200 Dauerarbeitsplätzen. Aussagen über den Erfolg lassen sich erst nach Abschluss des Vorhabens treffen.

Die induzierten privaten Investitionen (nur „Arbeit und Technik“) belaufen sich derzeit auf rund 2,3 Mio €. Das sind rund 15% der ex ante quantifizierten 15,4 Mio €.

Insgesamt gesehen sind der Vollzug und die Wirksamkeit dieser Maßnahme zufriedenstellend. Insbesondere die neu geschaffenen Arbeitsplätze liegen über den Erwartungen.

Maßnahme 2.3: Förderung des Fremdenverkehrs (171)

Bis zum 31.12.2004 konnten von insgesamt 31.908.930 € für diese Maßnahme 30.268.906 € (94,86 %) gebunden und 20.655.933 € (64,73 %) ausgezahlt werden. Die Mittelbindung in der Zeit vom 01.01.2004 bis zum 31.12.2004 beträgt 3.300.000 €, die Auszahlung erreicht 964.086 €.

Neu bewilligt wurden internationale Sicherheitsmaßnahmen am Kreuzfahrtterminal Columbusbahnhof in Höhe von 3,3 Mio €. Diese Sicherheitsmaßnahmen wurden anlässlich der Ereignisse am 11. September 2001 für internationale Häfen von der internationalen Schifffahrtsorganisation IMO zum 1. Juli 2004 beschlossen. Der International Ship and Port Facility Security Code (ISPS-Code) sieht auf Basis einer Risiko- und Anfälligkeitsanalyse die Erstellung eines Sicherheitsplanes vor, in dem je nach Situation geeignete Gefahrenabwehrmaßnahmen beschrieben werden. Für die Praxis heißt das u.a., dass zukünftig alle Passagiere und ihr Gepäck wie auf internationalen Flughäfen kontrolliert werden.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Die Modernisierung des Columbusbahnhofs soll wesentlich zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Bremerhavens im Kreuzfahrtgeschäft beitragen. Hier bestätigen die neuen Daten die positive Umsetzung nach der Fertigstellung des Terminals: In 2004 hatte der Columbusbahnhof 70.000 Gäste, was eine Steigerung um 7.000 gegenüber dem Vorjahr ausmacht.

Am Columbusbahnhof sind im Zusammenhang mit dem Kreuzfahrtgeschäft derzeit rund 50 Personen tätig. 10 Arbeitsplätze konnten direkt neu geschaffen werden. Im weiteren Verlauf sollen es rund 120 direkte und indirekte Arbeitsplätze sein.

Zu den Wirkungen des Projektes "Grüner Ring" sind keine Quantifizierungen möglich; als Ergebnisse sind die planmäßige Eröffnung des Radweges und erstellte Informationsmaterialien festzuhalten.

Die weiteren zwei Infrastrukturprojekte „Schulschiffanleger“ und „Gläserne Werft“ sind in einer noch frühen Umsetzungsphase. Wirkungen werden sich erst nach Abschluss dieser Projekte im Jahre 2005 einstellen. Bei dem Vorhaben „Gläserne Werft“ ist von zusätzlichen neun direkten Arbeitsplätzen und 150 indirekten Arbeitsplätzen auszugehen, die überwiegend in Folge des Besucheraufkommens (voraussichtlich 100.000 / Jahr) entstehen. Mit dem Schulschiffanleger sind sieben dauerhafte neue Arbeitsplätze geplant, die im Restaurant und bei Veranstaltungen auf dem Schiff direkt anfallen.

Insgesamt sind drei Infrastrukturprojekte in der Förderung, wodurch 75 % der Ex-ante-Quantifizierung in diesem Bereich erzielt sind. Hinzu kommt ein Konzept für den „Maritimen Trail“.

Mit den zusätzlichen Arbeitsplatzeffekten aus den noch nicht abgeschlossenen Projekten wird der Vollzug die Ex-ante-Quantifizierung der Beschäftigungswirkungen erreicht bzw. sogar übertroffen.

Maßnahme 2.4: Neue Dienstleistungen / Kohärenzprojekte (163)

Mit dem Antrag auf Einstellung der Leistungsgebundenen Reserve wurde das Mittelvolumen dieser Maßnahme um gut 11 Mio. € auf 32.318.146 € erhöht. Ein Teil dieser Maßnahme wird unter der Verantwortung des Arbeitsressorts umgesetzt. Dieser Bereich wurde im Rahmen des Änderungsantrags um 8,393 Mio € aufgestockt, die aus dem Ansatz für das Landesprogramm Arbeit und Technik aus Maßnahme 2.2 umgeschichtet wurden. Für den Bereich des Wirtschaftsressorts erfolgte eine Aufstockung um rund 3 Mio € aus Maßnahme 2.1.

Hiervon wurden bis zum 31.12.2004 11.498.148 € (35,58 %) gebunden und 8.840.523 € (27,35 %) ausgezahlt. Auf das Jahr 2004 entfallen 2.085.140 € an Mittelbindungen und 2.414.912 € an Auszahlungen.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Die ex ante quantifizierten zwei Kompetenzzentren im Bereich Design befinden sich in der Förderung. In den Jahren 2002 – 2004 kam es bislang zu 197 einzelbetrieblichen Beratungen in Designfragen. Weiterhin wird das iid Steinbeiß Institut gefördert sowie ein Stipendiatenmodell im Bereich Design in Bremerhaven.

Eine Untersuchung ergab, dass 1 € Zuschuss rund 8 € an betriebliche Folgeinvestitionen für Design auslöst. Diese Aufwendungen kommen in Form von Aufträgen zu 92 % Betrieben im Land Bremen zugute.

Insgesamt sind 4 Beratungsstellen für Frauen (eine in Bremerhaven, drei in Bremen) mit Ziel-2-Mitteln gefördert worden. Ex ante wurden hier nur zwei Beratungsstellen formuliert.

Weiterhin befinden sich sechs Kompetenzzentren zur Wissensvermittlung in der Förderung. Dies entspricht exakt der Ex-ante-Quantifizierung.

Die Zielmarke von mindestens zwei bis drei Kohärenzprojekten ist mit den in der Umsetzung befindlichen drei Projekten erreicht. Hier werden drei Schiffe zu touristischen Attraktionen umgebaut bzw. nachgebaut (eines mehr als ex ante geplant). Im Rahmen der Restaurierung der Schiffe sind 2004 rund 56 Menschen qualifiziert worden (diese Qualifizierungen sind aber dem ESF-Teil der Projekte zuzuordnen, aus EFRE werden lediglich die investiven Maßnahmen finanziert). Weitere Wirkungen, etwa die für die EFRE-Förderung relevanten Arbeitsplatzeffekte, sind – wenn überhaupt - erst nach Abschluss der Projekte ermittelbar. Hier handelt es sich dann um angesiedelte Gastronomie etc. im Zuge der Aufwertung des Standortes.

Insgesamt erhielten weiterhin bislang zwei Entwicklungskonzepte eine Förderung mit Ziel-2-Mitteln. Diese beinhalten die Stärkung der gewerblichen und touristischen Aktivitäten im Stadtteil Bremen-Blumenthal.

Arbeitsplätze

Im Rahmen der Designförderung konnten in Bremen und Bremerhaven bislang jeweils direkt drei Arbeitsplätze gesichert werden, wobei es sich hier aber um einen nachrangigen Effekt handelt. Vorrangig ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft durch gesteigertes Know-how im Bereich Design und überzeugende Produktgestaltung.

Beratungen durch Frauenberatungsstellen

Die in den Beratungsstellen durchgeführten Beratungen sind der Tabelle zu entnehmen. Nach der Ex-ante-Quantifizierung sollten schätzungsweise rund 300 Beratungen jährlich in diesen geförderten Projekten durchgeführt werden. Dieser Wert wurde für die letzten beiden Jahre übertroffen. Wichtig ist, dass bislang als Folge dieser Beratungen 106 Existenzgründungen zu verzeichnen sind (hierfür liegt keine Ex-ante-Quantifizierung vor).

Nachfolgend eine Aufstellung der durchgeführten Beratungen bei den Beratungsprojekten für Frauen.

Bereich Frauenberatungsstellen	EBN Karriere planung Frauen	ZIB Frauen in Arbeit und Wirtschaft e. V.			Frau und Beruf			EBN Bremer Cross Mentoring	EBN Berufs- wegorien- tierung Frauen	Frauen in Arbeit und Wirtschaft	Gesamt	
Zuwendungsempfänger	EBN	ZIB			AFZ Bremen			EBN	EBN	Frauen in Arbeit und Wirtschaft		
	beendet	beendet			beendet							
	2002	2002	2003	2004	2002	2003	2004	2003	2004	2004	2004	
Adressaten des Projekts												
Natürliche Personen	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Organisationen												
Existenzgründer		x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Beratungsformen												
Infoveranstaltungen	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Kurzberatungen	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Intensivberatungen	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Beratungsprozesse	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
TeilnehmerInnen an Informationsveranstaltungen / Tagungen												
Teilnehmer gesamt	335	182	524	25	42	689	654	81		688	594	3.814
Davon weiblich	330	162	379	25	42	638	522	71		462	594	3.225
Teilnehmer an Kurzberatungen, telefonisch, vor Ort (bis zu 15 Min)												
TeilnehmerInnen gesamt	413	448	1.356		14	60	111	85		285	1646	4.418
Davon weiblich	413	448	1.329		14	60	111	70		285	1646	4.376
TeilnehmerInnen an einmaligen Intensivberatungen												
Teilnehmer gesamt	94	189	286	61	90	k.A.	180	11		73	328	1.312
Davon weiblich	94	189	286	61	90	k.A.	180	10		73	328	1.311
Beratungsprozesse												
Teilnehmer gesamt	41	18	38	9	49	240	248	24	23	101	244	1.035
Davon weiblich	41	18	38	9	49	230	248	19	19	101	244	1.016
Status der beratenen Personen												
Schüler							k.A.				69	69
Auszubildende							k.A.				3	3
Erwerbstätige	43	44	16	18	25	48	k.A.	19	23	78	125	439
Arbeitslose	22	87	19	25	38	137	k.A.	2		48	242	620
Nicht gem. Erwerbslose	5	36	2	17	26	19	k.A.			7	88	200
Anzahl Existenzgründungen		5	28	0	11	37	k.A.	2	2	1	20	106

Schwerpunkt 3: Umweltschutz, Flächenwiederherrichtung

Der Antrag auf Einstellung der Leistungsgebundenen Reserve kam ausschließlich diesem Schwerpunkt zugute. Das Mittelvolumen erhöhte sich um 9.856.000 € auf 66.087.862 €.

Vom Mittelvolumen des Schwerpunktes 3 sind bis 31.12.2004 44.427.252 € (67,22 %) gebunden und 22.211.185 € (33,61 %) ausgezahlt worden. Auf das Jahr 2004 entfallen an Mittelbindungen 17.191.577 € und an Auszahlungen 9.062.440 €.

Maßnahme 3.1: Förderung angewandter Umwelttechnologien (162)

Die Umsetzung von Projekten aus dem Landesprogramm PFAU (Programm zur Förderung angewandter Umwelttechnologien) ist seit Beginn der bremischen Ziel-2-Förderung im Jahr 1989 Bestandteil der Bremer Ziel-2-Programme. Nach Einstellung der Leistungsgebunden Reserve erhöht sich das Mittelvolumen dieser Maßnahme um 4 Mio. € auf 12.487.890 €. Hiervon wurden bis zum 31.12.2004 11.356.520 € (90,94 %) gebunden und 6.431.013 € (51,50 %) ausgezahlt waren. Im Zeitraum 01.01.2004 bis 31.12.2004 lag die Mittelbindung bei 4.544.298 € und die Auszahlung bei 3.711.011 €.

Ziel der Förderung ist es, Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und Anbieter von Dienstleistungen bei pilothaften Entwicklungen zu unterstützen, bei denen die Belange der Umwelt deutlich berücksichtigt werden. Dadurch soll das oftmals überdurchschnittliche technische und wirtschaftliche Risiko von derartigen Entwicklungsvorhaben vermindert und die technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieser Unternehmen gestärkt werden. Gleichzeitig wird angestrebt, hierdurch qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten. Durch die Absenkung der finanziellen Risikoschwelle sollen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen Anreize erhalten, innovative Entwicklungen im Bereich des Umweltschutzes, des produktionsintegrierten Umweltschutzes und der angewandten Umwelttechnologien durchzuführen. Der Zugewinn an Know-How soll die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nachhaltig verbessern bzw. den Unternehmen neue Märkte eröffnen, die eine wesentliche Erweiterung des bisherigen Geschäftsfeldes darstellen. Gefördert werden Entwicklung, Konstruktion, Erstellung und Erprobung innovativer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen. Insbesondere soll dabei der sparsame Einsatz von Material und Energie, die Vermeidung von Emissionen und die Wiederverwertung eingesetzter Materialien beachtet werden. Gesetzliche Bestimmungen sollen deutlich übertroffen werden.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Bis einschließlich des Jahres 2004 erhielten insgesamt 115 Projekte (31 in Bremen, 84 in Bremerhaven) Mittel aus dem aktuellen Ziel-2-Programm. Hinzu kommen noch 2 Projekte aus dem Ökologiefonds (diese sind bei nachfolgenden Berechnungen nicht berücksichtigt, da diese keinen betrieblichen Charakter haben, sondern Studien sind). Dies liegt deutlich über der Spanne der für den gesamten Programmzeitraum ex ante angenommenen Fallzahl (60 – 80 Projekte). Damit hat sich die Umsetzung im Jahr 2004 nochmals deutlich beschleunigt (bis einschl. 2002 waren lediglich 31

Projekte in der Förderung). Nachfolgend eine Übersicht zu Kennzahlen dieser Maßnahme der Projekte.

	Bremen	Bremerhaven	Gesamt
Projekte insgesamt	31	84	115
Art der Förderung			
Informations- und Beratungsangebot	0	1	1
Markterschließungshilfe	10	11	21
Verbundprojekt	5	44	49
Demonstrations- und Pilotprojekt	15	28	43
Sonstiges	1	0	1
Bereich der Förderung			
Umweltfreundliche Verfahren und Produkte	9	18	27
Rationelle Energienutzung und regenerative Energie	12	38	50
Kreislaufführung und Emissionsminderung	2	11	13
Techniken der Umweltbeobachtung	4	9	13
Verkehr, Mobilität, Logistik	0	3	3
Umweltmanagementsysteme	1	1	2
Sonstige	2	2	4
Geschaffene Arbeitsplätze	71	69	140
davon Frauen	0	20	20
Gesicherte Arbeitsplätze*	196	2.558	2.754
davon Frauen	3	600	603
Betriebserweiterungen / Unternehmensgründungen			
Vorhaben mit Kooperationspartnern	15	44	59
Anzahl angemeldeter Patente	1	1	2
Investitionen Gesamt	4.380.478 €	17.049.513 €	21.429.987 €
Förderimpuls			11.488.919 €
Induzierte private Investitionen			9.941.068 €

* als gesicherte Arbeitsplätze werden alle Arbeitsplätze gezählt, die in den Unternehmen bereits vorhanden sind (ohne neue Arbeitsplätze), analog zu Maßnahme 1.1. Da einige Unternehmen mehrere Projekte umsetzen, ist diese Tabelle bereits um Doppelnennungen bereinigt.

Das ausgelöste gesamte Investitionsvolumen beträgt insgesamt rund 21 Mio €. Diese Summe liegt über den ex ante quantifizierten 17 Mio. €.

Kooperationen

Insgesamt waren / sind an 59 Vorhaben Kooperationspartner beteiligt. An all diesen Kooperationsprojekten sind Hochschulen oder FuE-Institute beteiligt. Im Berichtsjahr hat sich also im Vergleich zum Vorjahr auch die Anzahl der Kooperationsprojekte deutlich erhöht (Vorjahr: 31 Projekte mit Kooperationen).

Arbeitsplätze

Im direktem Zusammenhang mit den bezuschussten Investitionen stehen die insgesamt rund 140 neu geschaffenen Arbeitsplätze (71 in Bremen, 69 in Bremerhaven). Dieser Wert liegt über der Ex-ante-Quantifizierung (40 Arbeitsplätze).

Betriebserweiterungen / Unternehmensgründungen

Im Rahmen der PFAU Projekte kam es zu 12 Betriebserweiterungen / Neugründungen (drei in Bremen, 9 in Bremerhaven)

Patente / Innovation

Im Zuge der Projektdurchführungen kam es bislang zu zwei Patentanmeldungen.

Induzierte private Investitionen

Die induzierten privaten Investitionen betragen insgesamt rund 9,9 Mio. € (Vorjahr insgesamt: 6,27 Mio €).

Zu positiven Auswirkungen auf die Umwelt und zu weiteren Arbeitsplatzeffekten im Sinne von Wirkungen kann es erst kommen, wenn die entwickelten Verfahren oder Produkte nach der erfolgreichen Markteintrittsphase eine breitere Anwendung erfahren haben. Daten hierzu können erst nach einer jahrelangen Beobachtung gewonnen werden. Dies ist derzeit nicht vorgesehen.

Maßnahme 3.2: Infrastrukturprojekte im Umweltbereich (163)

Durch die Einstellung der Leistungsgebundenen Reserve erhöhte sich das Mittelvolumen dieser Maßnahme um knapp 1 Mio. € auf 6.232.886 €. Bis zum 31.12.2004 konnten 3.520.755 € (56,49 %) gebunden und 1.646.082 € (26,41 %) ausgezahlt werden. Auf das Jahr 2004 entfallen 0 € an Mittelbindungen und 810.055 € an Auszahlungen.

Im Berichtszeitraum wurde kein Projekt neu bewilligt.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Ex ante sind drei bis fünf Projekte quantifiziert worden. Mit den wie im Vorjahr geförderten vier Projekten ist die Mindestanzahl bereits in der Förderung.

Zu den Projekten „Offshore Windenergie Kompetenzzentrum“, zu „ProNaro (Aufbau eines Koordinierungs- und Kompetenzzentrums Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen) und zu der Partnerschaft „Umwelt / Unternehmen“ liegen Ergebnisse und Wirkungen vor.

Kooperationen

Als wichtiger Indikator zum Technologietransfer waren bis Ende 2004 insgesamt 136 initiierte Kooperationen zu verzeichnen.

Angeregte Forschungsvorhaben

Bis zum Jahr 2004 haben die Projekte dazu beigetragen, insgesamt 30 Forschungsvorhaben und Studien anzuregen (bis zum Vorjahr: 23).

Beratungen / Transferleistungen

Abermals kam es auch zu einer Erhöhung der Beratungs- und Transferleistungen: Bis einschließlich 2004 erbrachten die zwei Projekte „ProNaro“ und die „Windenergieagentur WAB“ in Bremerhaven insgesamt rund 157 Beratungs- und Transferleistungen (bis 2003: 108). Die Gesamtzahl von 157 Fällen deutet auf die Marktakzeptanz dieses Technologietransfers hin, weshalb davon auszugehen ist, dass sich nachgelagerte Effekte eingestellt haben.

Existenzgründung

Im Rahmen der Transferleistungen kam es zu einer Existenzgründung (ex ante wurden zwei bis drei Existenzgründungen quantifiziert).

Geschaffene Arbeitsplätze / FuE-Quote

Zum Thema Arbeitsplätze gibt es im Vergleich zum Durchführungsbericht für das Jahr 2003 zusätzliche Entwicklungen: Unter Einbezug der mit der Projektdurchführung betrauten Mitarbeiter ergeben sich bislang insgesamt 18 neu geschaffene Arbeitsplätze für die Maßnahme 3.2 in Bremen. Die geschaffenen / gesicherten Arbeitsplätze entstanden größtenteils direkt bei den Projektträgern. Die entscheidenden nachgelagerten und arbeitsplatzwirksamen Effekte, die sich aus der Kompetenzvermittlung in den Unternehmen ergeben, können nur schwer erfasst und kaum quantifiziert werden. Zusätzlich entstanden Arbeitsplätze außerhalb Bremens, bei Unternehmen mit Zweigstellen in anderen Bundesländern. Diese sind hier nicht eingerechnet.

Dass zum jetzigen Zeitpunkt zu weiteren Wirkungen (wie insbesondere zu direkten Umwelteffekten) keine validen Ausführungen gemacht werden können, entspricht dem langfristigen Charakter der Projekte und ihren nachgelagerten und damit kaum zu erfassenden Effekten.

Maßnahme 3.3: Wiederherrichtung von brachliegenden Flächen (351)

Durch die Einstellung der Leistungsgebundenen Reserve erhöhte sich das Mittelvolumen dieser Maßnahme um knapp 5 Mio. € auf 47.367.086 €. Hiervon waren bis zum 31.12.2004 29.549.977 € (62,39 %) gebunden, ausgezahlt wurden insgesamt 14.134.089 € (29,84 %). Auf den Berichtszeitraum 01.01.2004 bis 31.12.2004 entfallen 12.647.279,44 € an Mittelbindung und 4.541.374,75 € an Auszahlung.

Im Jahr 2004 wurden drei Projekte im Fischereihafen Bremerhaven neu bewilligt. Ebenfalls neu bewilligt wurden die Wiederherrichtung der ehemaligen Geestemetallbau-Fläche in Bremerhaven, die Wiederherrichtung der ehemaligen Bremer Wollkämmerei-Fläche in Bremen-Nord sowie ein weiteres Projekt im Gebiet Airport-Stadt. Insgesamt sind damit über 12,6 Mio € gebunden worden.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

In dieser Maßnahme befindet sich bei insgesamt 10 Projekten ein Flächenvolumen von 35,1 ha in der Umsetzung. Damit hat sich die Anzahl geförderter Projekte im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um sechs Vorhaben erhöht. Diese Ziel-2-geförderten Flächenwiederherstellungen sind Teile von größeren Vorhaben mit einem gesamten Flächenvolumen von 84,8 ha brutto (75,3 ha netto). Nimmt man das Flächenvolumen von 35,1 ha als Bezugsgröße für die Ex-ante-Quantifizierung (30 bis 40 ha), ist die Sollgröße erreicht.

Ein Vorhaben, das Projekt auf dem Vulkan Gelände, ist mittlerweile baumäßig abgeschlossen und erste Ansiedlungen aus dem produzierenden Sektor sind zu verzeichnen.

Derzeit ergeben sich für alle Projekte insgesamt rund 579 gesicherte Arbeitsplätze aus Bestandssicherungen und Verlagerungen. Zu berücksichtigen dabei ist allerdings, dass einige Vorhaben baumäßig noch nicht abgeschlossen sind.

Schwerpunkt 4: Städtische Problemgebiete

Von insgesamt 16.975.656 € sind bis zum 31.12.2004 7.398.501 € (43,58 %) gebunden und 4.520.729 € (26,63 %) ausgezahlt worden. Die Mittelbindung im Berichtszeitraum liegt bei 0 €, ausgezahlt wurden 1.146.868 €. Mit dem ursprünglichen Antrag auf Einstellung der Leistungsgebundenen Reserve vom November 2003 sollten 315.000 € der Leistungsreserve der Maßnahme 4.3 zugeschlagen werden. Aufgrund der insgesamt aber schwachen Umsetzung des Schwerpunktes lehnte die Kommission dies ab. Daraufhin wurde mit der Überarbeitung des Antrags zur Einstellung der Leistungsgebundenen Reserve im März 2004 eine Umschichtung zwischen den Maßnahmen des Schwerpunktes 4 durch den Begleitausschuss genehmigt. Das Gesamtvolumen des Schwerpunktes 4 ändert sich dadurch nicht.

Maßnahme 4.1: Belebung wirtschaftlicher Aktivitäten (352)

Für diese Maßnahme stehen nach der o.g. Umschichtung im Schwerpunkt insgesamt 9.927.676 € zur Verfügung (Reduzierung um 190.091 €). Im Jahr 2004 wurden 0 € gebunden. Auszahlungen erfolgten in Höhe von 234.350 €. Insgesamt sind 1.849.867 € (18,63 %) gebunden und 414.437 € (4,17 %) ausgezahlt.

Im Jahr 2004 wurden drei Ausgaben der Hemelinger Zeitung „Neue Zeiten“ vom Stadtteilmanagement herausgegeben. Seit dem 12.03.04 kann das Stadtteilmanagement auch im Internet unter www.hemelingen-marketing.de besucht werden. Weitere Aktivitäten des Stadtteilmanagements sind unter anderen: Einzelhändler-Tisch, Bestandsmanagement von Ladenlokalen, Kunstausstellung Reflexe, der städtische Sauberkeitstag, das Sommerfest im Bürgerhaus und die Interkulturelle Woche sowie der Coca-Cola-Truck auf dem Hemelinger Marktplatz in der Weihnachtszeit.

Das im Jahr 2003 bewilligte Projekt "Am Saal" wurde in der Umsetzung verzögert. Grund ist ein Rechtsstreit um die Ersatzflächen, die für den Sportverein hergerichtet werden sollen, um an dessen jetzigen Standort die Voraussetzung für die Entwicklung des Gewerbe- und Dienstleistungszentrums schaffen zu können. Bis Ende Mai 2005 soll ein Ergebnis vorliegen.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Hier befinden sich drei Projekte in der Umsetzung, wobei eines (Projektträgervertrag) der Vorbereitung der einzelnen Vorhaben dient. Ex ante waren insgesamt fünf Projekte geplant.

Das Projekt „Stadtteilmarketing/-management“ in Hemelingen ist im zweiten Umsetzungsjahr. Hier wurden bislang insgesamt rund 32 Veranstaltungen mit rund 100 Teilnehmer durchgeführt (bis 2003: 16 Veranstaltungen mit rund 300 Teilnehmern). Die Stadtteilzeitung wurde verstetigt und ein Internauftritt realisiert. Laut Stadtteilmanagement ist die öffentliche Wahrnehmung weiterhin positiv besetzt.

Bislang wurden noch keine Flächen umgestaltet. Zu induzierten Investitionen und gesicherten / geschaffenen Arbeitsplätzen können derzeit noch keine Aussagen getroffen werden.

Maßnahme 4.2: Quartiersentwicklung (36)

Auch in dieser Maßnahme wurde zugunsten von Maßnahme 4.3 der zur Verfügung stehende Betrag leicht gekürzt. Nach einer Reduzierung um 125.000 € stehen jetzt insgesamt 2.489.050 € für diese Maßnahme zur Verfügung. Im Jahr 2004 wurden 0 € gebunden und 98.490 € ausgezahlt. Insgesamt weist diese Maßnahme eine Mittelbindung von 53,04 % in Höhe von 1.320.250 € auf.

Baubeginn für das Quartierszentrum Mobile war am 03.09.2004. Das Quartierszentrum liegt im Ortsteil Hemelingen im Gebiet "Hinter den Ellern" und soll eine Gesundheitsberatungsstelle, ein Café (als Beschäftigungsprojekt) und ein Spielhaus beinhalten. Darüber hinaus sind Sitzungs-, Sozial- und Büroräume geplant. Die Nutzfläche des Zentrums beträgt 760 m². Die Fertigstellung ist für Ende 2005 geplant.

Bei dem Projekt Spiel- und Sportpark sind keine Fortschritte zu verzeichnen. Es ist bislang kein konkreter Antrag vorgelegt worden.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Bezüglich der Wirkungen dieser Maßnahme ist derzeit keine Aussage zu treffen. Ein Vorhaben befindet sich derzeit in der Umsetzung. Lt. Auskunft des Projektträgers hat die intensive Planungsphase zu verstärktem Engagement der Akteure und Bewohner im Gebiet geführt. Der Baubeginn hat zu einem weiteren Motivationsschub in der Quartiersentwicklung in Hemelingen geführt.

Maßnahme 4.3: Belebung zentraler Plätze (352)

Diese Maßnahme wird in Bremerhaven durchgeführt und weist nach der Aufstockung in Höhe von 315.000 € insgesamt ein Mittelvolumen von 4.558.930 € auf. Im Jahr 2004 wurden 0 € gebunden und 814.027 € ausgezahlt. Die Mittelbindung in Bezug

auf die zur Verfügung stehenden Gesamtmittel beträgt 92,75 % (4.228.384 €), die Auszahlung insgesamt liegt mit 4.007.802 € bei 87,91 %.

Es handelt sich hierbei um die Umgestaltung des Marktplatzes und der Einrichtung einer Gastronomie im alten Wasserturm im Ortsteil Geestendorf sowie Begleitmaßnahmen. Eine ausführliche Beschreibung steht im Jährlichen Durchführungsbericht für das Jahr 2002.

Am 7. Mai 2004 wurde Wasserturm offiziell durch Bürgermeister Perschau eröffnet. Weitere Aktivitäten rund um bzw. auf dem Konrad-Adenauer-Platz waren im Mai das Geestemünder Blütenfest mit Open-Air-Konzert, zu dem etwa 3.000 Besucher kamen. Im Juni wurde ein Sportevent veranstaltet, das ebenso wie das Herbstfest vom September mit einem verkaufsoffenen Sonntag kombiniert wurde. Im Dezember fand der erste „Geestemünder Weihnachtswald“ statt, der zusammen mit den Wochenmarktkaufleuten veranstaltet wurde.

Die Aktion Zivilcourage „Mut gegen Gewalt“ erlangte überregionale Bekanntheit und Anerkennung durch die Preisverleihung des Deutschen Kriminalitätspräventionspreises der Stiftung „Deutsches Forum Kriminalprävention“ am 30. September in Münster. Am 7. November fand zum ersten Mal die Aufführung des Musicals „Gib mir den Saft“ im Theater im Fischereihafen (TIF) statt. Die Aufführung war ein großer Erfolg und die Vorstellungen für das Jahr 2004 waren ausverkauft. Weitere Aufführungen sind geplant. Aufgrund des großen Erfolgs dieses Projekts wird es nun auch im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN II in Bremerhaven-Lehe umgesetzt.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Die baulichen Einzelmaßnahmen sind komplett abgeschlossen. Der Zielwert von 15.200 qm umgestalteter Fläche ist erreicht.

Eine neue Zählung der Arbeitsplätze im Jahr 2004 ergab, dass rund acht Vollzeitstellen (davon rund sechs für Frauen) neu geschaffen und 141 Arbeitsplätze (davon rund 72 für Frauen) gesichert werden konnten. Die neuen Arbeitsplätze entstanden in der Gastronomie im Wasserturm, die gesicherten Arbeitsplätze entfallen auf den Wochenmarkt.

Des Weiteren finden zusätzliche Veranstaltungen auf dem Wochenmarkt statt.

Die Maßnahme ist baulich abgeschlossen und hat wie oben angegeben die erwarteten Ziele erreicht. Als zusätzliche Wirkung ist die Reaktivierung einer seit 2001 leerstehende Gewerbeimmobilie an der Neumarktstraße zu verzeichnen (indisches Restaurant mit ca. fünf Vollzeitarbeitsplätzen).

Technische Hilfe

Von der Technischen Hilfe (insgesamt 4.774.404 €) sind bis Ende 2004 2.126.685 € (44,54 %) gebunden und 872.117 € (18,27 %) ausgezahlt worden. Auf den Berichtszeitraum vom 01.01.2004 bis zum 31.12.2004 entfallen 393.950 € an Mittelbindung und 287.693 € an Auszahlung.

Technische Unterstützung und Evaluierung (411 zu 50 %, 412 zu 35 %, 415 zu 15 %)

In dieser Maßnahme sind im Jahr 2004 neben der Finanzierung von Aktivitäten zum Erfahrungsaustausch und Personal zur Abwicklung des Programms verschiedene Publizitätsmaßnahmen durchgeführt worden (siehe dazu D.4 und D.7). Weiterhin wurde die Programmierung einer Datenbank finanziert, die die neuen Anforderungen an das Programm-Monitoring sowie den elektronischen Datenaustausch mit der Kommission erfüllt.

Studien und Pilotprojekte (413 und 414 zu je 50 %)

Im Jahr 2004 wurde eine Studie zur zukünftigen Ausgestaltung Designförderung in Auftrag gegeben.

B.2 Operationen unter Artikel 28 III der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999

In Bremen werden die Projekte vollständig über nicht rückzahlbare Beihilfen finanziert. Rückzahlbare Beihilfen, Zinsvergütungen, Bürgschaften, Beteiligungen oder sonstige Finanzierungsformen kommen nicht zum Einsatz.

B.3 Realisierung der Ziele der Querschnittsthemen

Einige Maßnahmen (z.B. 1.1, 2.2, 3.1, 3.3) sind so ausgerichtet, dass sie zur Realisierung der Querschnittsziele direkt und wesentlich beitragen. Grundsätzlich wird jedes Projekt vorab auf den möglichen Beitrag zur Verbesserung der Chancengleichheit geprüft, auf den Innovationsgehalt und den Beitrag zum Umweltschutz.

Schließlich spiegeln sich auch in der Zusammensetzung des regionalen Begleitausschusses die Bemühungen, Querschnittsziele angemessen zu berücksichtigen und umzusetzen: Beteiligt sind u.a. Umweltschutzverbände, Organisationen zur Gleichstellung von Frauen und Arbeitnehmer- / Arbeitgeberverbände. Vom regionalen Begleitausschuss gehen in allen Phasen der Programmumsetzung wichtige Impulse zur Berücksichtigung der Querschnittsthemen aus.

Chancengleichheit

Die generelle Ausrichtung und Maßnahmen des Bremer Ziel-2-Programms fokussieren überwiegend die strukturpolitisch wichtigen Infrastrukturen. Dies impliziert grundsätzlich nur wenige Ansatzpunkte zur Verbesserung der Chancengleichheit.

Wo sich allerdings im Kontext der strukturpolitischen Ziele sinnvolle Ansätze zur Chancengleichheit verwirklichen lassen, dort greift das Bremer Ziel-2-Programm das Querschnittsziel auf und liefert einen Beitrag zur Förderung der regionalen Chancengleichheit.

So können Betriebe im Rahmen der Investitionshilfen für KMU (Maßnahme 1.1) zusätzliche Mittel erhalten, wenn sie gezielt Arbeitsplätze für Frauen schaffen.

Durch die Beratung von Frauen bei Existenzgründung und Karriereplanung stärkt die Maßnahme 2.4 (Neue Dienstleistungen / Kohärenzprojekte) gezielt die Chancengleichheit. Hier sind mittlerweile 4 Beratungsvorhaben in der Umsetzung, die explizit Frauen ansprechen.

Aussagen lassen sich nachfolgend für den Zeitraum 2000 bis 2004 auch zu den bislang für Frauen direkt geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätzen machen:

		Geschaffene Arbeitsplätze	davon Frauen	Gesicherte Arbeitsplätze	davon Frauen
SP 1	Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur				
MN 1.1	Finanzierungshilfe für KMU (GA, LIP)	412	73	1.610	344
MN 1.2	Innovative Existenzgründungen	33	8		
SP 2	Stärkung des Dienstleistungssektors				
MN 2.1	Förderung der Informationsgesellschaft				
MN 2.2	Technologieorientierte Einrichtungen/Technologietransfer*	230*	64	786	176
MN 2.3	Förderung des Fremdenverkehrs	10	k.A.	50	k.A.
MN 2.4	Neue Dienstleistungen/ Kohärenzprojekte	6	6		
SP 3	Umweltschutz, Flächenwiederherrichtung				
MN 3.1	Förderung angewandter Umwelttechnologien (PFAU)	140*	20	2.754	603
MN 3.2	Infrastrukturprojekte im Umweltbereich	18	3	12	k.A.
MN 3.3	Wiederherrichtung von brachliegenden Flächen	14	k.A.	465	k.A.
SP 4	Städtische Problemgebiete				
MN 4.1	Belebung wirtschaftlicher Aktivitäten				
MN 4.2	Quartiersentwicklung				
MN 4.3	Belebung zentraler Plätze	8	6	141	72

* Die Arbeitsplätze der Maßnahmen 3.1 oder aus dem Bereich "Arbeit und Technik" haben überwiegend Projektcharakter. Es ist jedoch gut möglich, dass diese Beschäftigungsverhältnisse im Zuge eines erfolgreichen Projektverlaufs in Dauerarbeitsplätze münden. Dies wird sich jedoch, wenn überhaupt, erst zeitverzögert nach Abschluss der eigentlichen Projekte herausstellen.

Allerdings ist zu beachten, dass diese Zahlen zunächst vorläufig sind. Änderungen können sich beispielsweise bei Maßnahme 1.1 ergeben, wenn es zu Insolvenzen oder Widerrufen kommen sollte. Zusätzlich ist zu beachten, dass hier nur direkte Arbeitsplatzeffekte erfasst werden konnten. Nachgelagerte Arbeitsplatzeffekte (also beispielsweise als Ergebnis der Stärkung von Unternehmen durch Technologietransfer oder Arbeitsplätze im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe im Zuge des Erfolges von Tourismusprojekten) sind hier nicht erfasst. Insofern liegen die tatsächlichen Arbeitsplatzzahlen deutlich höher, sind aber - da es sich um nachgelagerte Effekte handelt - kaum bestimmbar. Zusätzlich ist zu beachten, dass die erfassten Arbeitsplätze von unterschiedlicher Dauer sein können. Bei Maßnahme 1.1 handelt es sich ausschließlich um dauerhafte Arbeitsverhältnisse, da dies eine Grundvoraussetzung für eine Förderung ist. Dahingegen haben die Arbeitsplätze der Maßnahme 3.1 oder aus dem Bereich "Arbeit und Technik" überwiegend Projektcharakter. Es ist jedoch gut möglich, dass diese Beschäftigungsverhältnisse im Zuge eines erfolgreichen Projektverlaufs in Dauerarbeitsplätze münden. Dies wird sich jedoch, wenn überhaupt, erst zeitverzögert nach Abschluss der eigentlichen Projekte herausstellen. Diese Überlegungen müssen bei der Interpretation von Arbeitsplatzzahlen berücksichtigt werden.

Umweltschutz

Umweltschutz ist nicht nur als Querschnittsziel im Bremer Ziel-2-Programm verankert sondern auch als strukturpolitisches Ziel. Im Schwerpunkt 3 (Umweltschutz und Flächenwiederherstellung) trägt die Maßnahme 3.1 durch die Förderung anwendungsnaher Umwelttechniken (PFAU) gezielt zu positiven Umweltwirkungen bei. Ziel ist neben direkten positiven Umwelteffekten der Aufbau, Erhalt und Transfer des regionalen Know-hows.

In diesem Sinne sind auch die vier umweltorientierten Transfer- und Beratungseinrichtungen aufgestellt, die eine Förderung unter der Maßnahme „Infrastruktureinrichtungen im Umweltbereich“ (Maßnahme 3.2) erhalten.

Mittlerweile sind Projekte zur Wiederherstellung von Brachflächen (Maßnahme 3.3) entweder in der Umsetzung oder bereits abgeschlossen.

Wirkungen dieser Maßnahmen und Projekte sind - soweit bereits darstellbar - in den entsprechenden Kapiteln dargestellt.

KMU-Ausrichtung

Das Bremer Ziel-2-Programm weist in Ansatz und Konzeption eine starke KMU-Orientierung auf. Die ersten beiden Schwerpunkte „Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur“ und „Stärkung des Dienstleistungssektors“ untermauern direkt die KMU-Ausrichtung.

Die Ausrichtung der Intervention auf KMU ist ebenfalls durch die Umsetzung der Maßnahme 3.1 (PFAU) sichergestellt.

Aber auch andere Maßnahmen und Projekte kommen oft indirekt überwiegend KMU zugute: Bei den Infrastrukturprojekten im Umweltbereich (Maßnahme 3.2) sind KMU die Zielgruppe der Transfer- und Beratungstätigkeiten. Auf wiederhergestellten Flächen (Maßnahme 3.3) werden geeignete Standorte für KMU geschaffen.

Angaben zum bisher Erreichten und zu den Wirkungen finden sich bereits in den entsprechenden Kapiteln.

Technologie-Ausrichtung

Die technologie- und innovationsorientierten Maßnahmen und Projekte sind weitgehend angelaufen. Wesentliche Technologie-Infrastrukturprojekte sind in der Förderung, ebenso wie Projekte, die dem Technologietransfer dienen (in den Maßnahmen 2.2 und 3.2).

Zusätzlich generieren innovative Vorhaben der Maßnahmen 3.1 und 3.2 einen wesentlichen Beitrag zur Technologieausrichtung. Die geförderten Projekte der Maßnahme 3.1 („PFAU“) beinhalten Neuerungen auf dem Gebiet der Umwelttechnik. Die Maßnahme 3.2 (Infrastrukturprojekte im Umweltbereich) umfasst Vorhaben, die sowohl dem Transfer als auch der Entwicklung von (technologischem) Know-how dienen. Die derzeit in der Umsetzung befindlichen acht Verbundprojekte („Arbeit und Technik“) innerhalb der Maßnahme 2.2 sind ebenfalls ausgeprägt technologieorientiert.

C. Stand der Finanziellen Abwicklung

Bei der finanziellen Abwicklung des Bremer Ziel-2-Programms ist insbesondere die Einhaltung der n+2-Regel⁵ zu beachten. Um diese einzuhalten und einen Mittelverfall zu vermeiden, müssen die in der folgenden Tabelle dargestellten Beträge jeweils bis Jahresende bei der Kommission abgefordert werden.

Aufgrund der späten Genehmigung des Ziel-2-Programms durch die Kommission wurde vereinbart, die Jahrestranche für das Jahr 2000 mit auf das Jahr 2001 zu übertragen. Der bereits von der Kommission erhaltene Vorschuss wird von der ersten Jahrestranche abgezogen, muss aber bis Ende 2008 verausgabt sein. Erstmals griff die n+2-Regel im Jahr 2003.

Übersicht zur n+2-Regel (mit Leistungsgebundener Reserve)

Jahrestranche	Betrag in €	Fälligkeit zum Jahresende
2000 + 2001 abzügl. Vorschuss (7% von Gesamt)	15.882.000 + 16.210.000 – 7.912.380 = 24.179.620	2003
2002	16.466.000	2004
2003	16.831.000	2005
2004	17.159.000	2006
2005	17.525.000	2007
2006	17.889.000 + 7.912.380 = 25.801.380	2008

Laut n+2-Regel mussten bis Ende 2004 40.645.620 € abgefordert werden, tatsächlich wurden rund 41,4 Mio. € per Zahlungsantrag bei der Europäischen Kommission abgefordert. Die n+2-Regel konnte damit für die ersten Tranchen erfüllt werden.

⁵ Die "n+2-Regel" basiert auf Artikel 31 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 und besagt, dass die Mittel, für die bis zum Ablauf des zweiten Jahres nach dem Jahr der Mittelbindung kein zulässiger Auszahlungsantrag bei der Kommission eingegangen ist, freigegeben werden und die Beteiligung des Fonds an der Intervention (d.h. hier dem Ziel-2-Programm) automatisch gekürzt wird.

C.1 Finanzielle Abwicklung mit besonderer Bezugnahme auf die vereinbarten finanziellen Indikatoren und ihre Umsetzung

Über den Stand der finanziellen Abwicklung des Ziel-2-Programms informieren die Tabellen im Anhang. Vom gesamten Mittelvolumen in Höhe von 235.924.000 € sind bis zum 31.12.2004 **143.152.641 € (60,68 %)** gebunden und **89.168.892 € (37,80 %)** ausgezahlt worden.

Mittelbindung und Auszahlung im Ziel-2-Programm über die Jahre

Jahr	Mittelbindung in € (EFRE + nat. Kofinz.)	Anteil an gesamt in %	Auszahlung in € (EFRE + nat. Kofinz.)	Anteil an gesamt in %
2000	42.640.640	18,86	1.377.770	0,61
2001	25.435.882	11,26	10.843.924	4,80
2002	22.099.787	9,78	38.343.854	16,96
2003	23.026.243	10,19	22.020.984	9,74
2004	29.932.089	12,69	16.582.361	7,03
gesamt	143.152.641	60,68	89.168.892	37,80

(Stand Tabelle: 02.05.2005)

C.2 Übersicht über die von der Zahlstelle tatsächlich bescheinigten Ausgaben und die von der KOM empfangenen Zahlungen nach Maßnahmen

Nachfolgend eine tabellarische Übersicht über die von der Kommission erhaltenen Mittel:

Anlass	abgefordert	erhalten	Eingang
Vorschuss in Höhe von 7%	7.912.380,00	7.912.380,00	Juni 2001
1. Zahlungsantrag vom 09.07.2002	7.484.615,86	7.484.615,80	September 2002
2. Zahlungsantrag vom 24.10.2002	5.058.881,66	5.058.881,75	Januar 2003
3. Zahlungsantrag vom 18.06.2003	13.143.499,15	13.143.499,09	August 2003
4. Zahlungsantrag vom 25.03.2004	8.483.454,98	8.483.454,98	Juli 2004
5. Zahlungsantrag vom 15.10.2004	5.552.268,21	5.552.268,21	Februar 2005
6. Zahlungsantrag vom 15.12.2004	1.677.924,24	1.677.924,24	April 2005
Summe	49.313.024,09	49.313.024,07	

C.3 Vergleich der Vorausschätzungen der Zahlungsanträge mit dem tatsächlichen Mittelabfluss

Für das Jahr 2004 wurde im Jahr 2003 ein Betrag von 33.000.000 € geschätzt (davon 50 % oder 16.500.000 € aus dem EFRE). Tatsächlich wurden im Jahr 2004 bei der Kommission 15.713.647,43 € mit den Zahlungsanträgen abgefordert. Damit wurde nahezu der Schätzwert erreicht. Von der Kommission wurde der volle Betrag erstattet – abgesehen von einer geringen rundungsrelevanten Abweichung im Cent-Bereich.

D. Abwicklung und Begleitung des Programms, Sicherung der Qualität und Effizienz

D.1 Beschreibung des Begleitsystems, der Bewertung und Finanzkontrolle einschl. der Vorkehrungen für die Datenerfassung (kurzer Sachstandsbericht einschl. Angaben zur Partnerschaft sowie zur Tätigkeit des Begleitausschusses)

Begleitung

Die Begleitung des Bremer Ziel-2-Programms erfolgt zum einen über den **Regionalen Begleitausschuss**, der sich am 17. Mai 2001 offiziell konstituiert hat. Der Senator für Wirtschaft und Häfen führt als Verwaltungsbehörde den Vorsitz dieses Gremiums. Weitere stimmberechtigte Mitglieder sind die an der Finanzierung des Programmes beteiligten Stellen, der Senator für Arbeit sowie der Senator für Bau und Umwelt. Beratende Mitglieder sind die Europäische Kommission und das Bundesministerium für Wirtschaft. Darüber hinaus sind die Wirtschafts- und Sozialpartner, darunter ein unabhängiger Umweltverband und der Bremer Frauenausschuss, an der Arbeit des Regionalen Begleitausschusses beteiligt. Bereits während der Programmplanungsphase (seit Mai 1999) ist das Gremium noch vor der offiziellen Konstituierung mehrfach in dieser Zusammensetzung zusammengekommen. Im Jahr 2004 kam der Begleitausschuss zu einer Sitzungen zusammen. In der Sitzung vom 02.06.2004 wurde der Jährliche Durchführungsbericht 2003 behandelt und die neue Website vorgestellt. Die für den November geplante Sitzung ist mit Zustimmung aller Teilnehmer mangels erforderlicher Themen abgesagt worden. Allerdings wurde über den Newsletter zur Umsetzung verschiedener EU-Programme und Gemeinschaftsinitiativen sichergestellt, dass der Begleitausschuss über alle wesentlichen aktuellen Geschehnisse informiert wurde.

Zum anderen wurde ein **Begleitsystem** von materiellen und finanziellen Indikatoren erstellt, um über die Fortschritte und Wirkungen informieren und diese bewerten zu können. Dieses Begleitsystem wird in überarbeiteter Form Bestandteil der neuen Datenbank EFRE Plan sein.

Folgende Indikatoren werden unterschieden:

- Kontextindikatoren bilden die sozio-ökonomische Entwicklung der Förderregionen ab. Sie sind regionalwirtschaftliche Indikatoren, die Informationen über die strukturelle Entwicklung der Förderregion im Zeitraum der Umsetzung des Programms liefern sollen (z.B. Wirtschaftsdaten, Arbeitsmarktdaten).
- Hauptindikatoren bilden den Programmfortschritt ab. Sie informieren über den finanziellen Durchführungsstand und die Anzahl der Förderfälle auf Schwerpunktebene.
- Maßnahmeindikatoren bilden den Fortschritt einzelner Maßnahmen ab. Es gibt Output-, Ergebnis- und Wirkungsindikatoren. Die Outputindikatoren informieren u.a. über die Anzahl der Förderfälle. Die Ergebnisindikatoren geben Aufschluss über die unmittelbaren Wirkungen, die Wirkungsindikatoren beziehen sich auf die Wirkungen einer Maßnahme, die über das unmittelbare Ergebnis hinausgehen.

Bewertung

Ex-ante-Evaluierung

Das bremische Ziel-2-Programm 2000 – 2006 wurde parallel zur Programmerstellung von einem externen, unabhängigen Gutachter einer Ex-ante-Evaluierung unterzogen.

Halbzeitbewertung

Die Halbzeitbewertung des bremischen Ziel-2-Programms wurde am 28. Oktober 2003 fristgerecht über das Bundesministerium für Finanzen bei der Europäischen Kommission eingereicht. Durchgeführt wurde die Halbzeitbewertung von der Prognos AG und der Zenit GmbH. Das Gutachten wurde von der Europäischen Kommission positiv bewertet. Die Ergebnisse der Halbzeitbewertung waren Grundlage für den gestellten Änderungsantrag und für die Zuweisung der Leistungsgebundenen Reserve. Die zentralen Ergebnisse der Halbzeitbewertung wurden für die Deputation für Wirtschaft und Häfen im Rahmen einer Vorlage aufbereitet.

Einzusehen ist die Halbzeitbewertung auf der Web-Site www.efre-bremen.de.

Aktualisierung der Halbzeitbewertung

Im Herbst begannen die Vorbereitungen für das Konzept und die Einholung eines Angebotes für die Aktualisierung der Halbzeitbewertung.

Finanzkontrolle

Hier sei auf die Mitteilung nach Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 438/2001 verwiesen. Das darin beschriebene System wurde im Jahr 2001 eingerichtet und ist funktionsfähig.

Die Beschreibung der Verwaltungs- und Kontrollsysteme für das bremische Ziel-2-Programm wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie mit Schreiben vom 12.06.2001 an die Kommission übermittelt. Der bremische Leitfaden zum Ziel-2-Programm wurde in Ergänzung hierzu am 27.09.2001 an die Kommission geschickt.

Mit Schreiben vom 22.04.2003 teilte die Kommission mit, dass die überprüften Darstellungen der Verwaltungs- und Kontrollsysteme in hinreichendem Umfang die Gewähr bieten, dass die Systeme den von den Verordnungen (EG) 1260/1999 und 438/2001 gestellten Anforderungen entsprechen. Gleichzeitig stellte die Kommission diese Aussage aber unter den Vorbehalt, dass hierzu diverse Maßnahmen getroffen worden sein müssen und erbat entsprechende Auskünfte. Die Verwaltungsbehörde beantwortete die Fragen mit Schreiben vom 08.05.2003 über das BMWA.

Mit Schreiben vom 05.01.2004 teilte die Kommission schließlich für alle deutschen Ziel-1- und Ziel-2-Programme mit, dass die Prüfung der Informationen zu den Verwaltungs- und Kontrollsystemen abgeschlossen sei und es keinen Anlass für weitere Bemerkungen gebe.

Damit ist das Verfahren der Überprüfung der Verwaltungs- und Kontrollsysteme vorerst abgeschlossen. Die Kommission hat jedoch explizit darauf hingewiesen, dass es sich allein um eine Prüfung der übermittelten Unterlagen handelte und dass keinerlei Stellungnahme zur Wirksamkeit der Systeme in der Praxis abgegeben werden könne. Die Kommission behält sich entsprechend die Durchführung von Vor-Ort-Kontrollen vor.

Die Unabhängige Stelle hat im Jahr 2004 ihre Prüftätigkeit fortgesetzt. Einzelheiten hierzu können dem jährlichen Kontrollbericht der Unabhängigen Stelle entnommen werden.

Auch die Zahlstelle hat – wie bereits in den Vorjahren – im Vorfeld des Zahlungsantrags umfangreiche Prüfungen durchgeführt, um die Korrektheit der getätigten Ausgaben bestätigen zu können.

Prüfungen von Ziel-2-Projekten durch weitere Stellen (z.B. Rechnungshof) sind nicht bekannt.

Datenerfassung

Die zunächst als Übergangslösung programmierte Datenbank EFRE Plan wurde im Jahr 2003 zu einer vollwertigen und eigenständigen Datenbank erweitert. Bremen war eines der ersten deutschen Länder, das flatfiles an die Kommission senden konnte. Der EFRE Plan wird auch in Hamburg eingesetzt. Berlin hat den EFRE Plan ebenfalls übernommen. Im Jahr 2003 wurde ein Datenschutzkonzept für den Bremer EFRE Plan entwickelt.

Im Jahr 2004 wurde eine weitere Ergänzung des EFRE Plans beauftragt. Bremen ist damit in der Lage alle von der Kommission geforderten flatfiles zu erzeugen, allerdings testet die Kommission einen flatfile derzeit nicht, so dass dieser Bereich noch nicht abgeschlossen werden kann.

Der EFRE Plan ist bei folgenden Stellen installiert: Verwaltungsbehörde, Unabhängige Stelle, Zahlstelle, Haushalt und bei einem Fachreferat. Sämtliche Nutzer haben die Leserechte für alle Bereiche, dazu gehört auch die Erstellung und der Ausdruck von Berichten. Schreibrechte haben nur die fachlich zuständigen Stellen (s.o.). Jeder Nutzer kann somit auf alle Informationen der gesamten Datenbank zurückgreifen und jeden Bereich einsehen.

D.2 Probleme und Lösungen bei der Begleitung und Verwaltung der Intervention

Etwaige Probleme haben sich bisher bei der Begleitung und Verwaltung des Bremer Ziel-2-Programms 2000 – 2006 nicht gezeigt.

D.3 Unregelmäßigkeiten

Im Berichtsjahr 2004 wurden insgesamt vier neue Fälle von Unregelmäßigkeiten gemeldet. Allen Fällen liegen Insolvenzen zu Grunde. Betroffen sind durchweg KMU-Förderungen in der Maßnahme 1.1. Zu den bisherigen Meldungen gab es keine Änderungen.

D.4 Inanspruchnahme der Technischen Hilfe

Im Jahr 2004 sind Mittel aus der Technischen Hilfe in Anspruch vor allem für Publizitätsmaßnahmen in Anspruch genommen worden. Zu den Publizitätsmaßnahmen im

Einzelnen siehe D.7. Darüber hinaus wurden auch Personalkosten aus der Technischen Hilfe gezahlt, die aus der Umsetzung des Programms resultieren (Unabhängige Stelle, Prüfaufgaben im Zusammenhang mit der Zahlstelle, Sachbearbeitung für die Abwicklung des Programms, u.a. Führung des Sekretariats für den Ziel-2-Begleitausschuss). Weitere Mittel der Technischen Hilfe wurden für Erfahrungsaustausch und die Programmierung der Datenbank EFRE Plan verwendet.

D.5 Programmanpassungen

Nach Beschlussfassung im Regionalen Begleitausschuss wurde im November 2003 die Einstellung der Leistungsgebundenen Reserve in Höhe von 4.928.000 € für Schwerpunkt 3 und 4 beantragt. Zuzüglich der nationalen Kofinanzierung erhöht sich das Programmvolumen damit um 9.856.000 € auf 235.924.000 €. Der Antrag wurde im März 2004 noch einmal überarbeitet, die Leistungsgebundene Reserve ist nur noch für Schwerpunkt 3 vorgesehen, da die Kommission einem Zuschlag für Schwerpunkt 4 nicht zugestimmt hat.

Gleichzeitig erfolgten Umschichtungen in den Schwerpunkten 2 und 4. Die Genehmigung der Aufnahme einer weiteren Förderrichtlinie (s. E.) sowie der Leistungsgebundenen Reserve erfolgte am 20.08.2004 mit Entscheidung K (2002) 3305.

Am 15.09.2004 stimmte der Begleitausschuss im Umlaufverfahren einer Mittelverschiebung innerhalb des Schwerpunktes 1 zu. Von Maßnahme 1.1 wurden 536.813 € zu Maßnahme 1.2 verschoben.

Nachfolgend eine Übersicht über alle programmrelevanten Entscheidungen:

Entscheidung Nr.	vom	Inhalt
K (2001) 774	22.03.2001	Genehmigung des Programms
K (2002) 1656	19.06.2002	Aufnahme einer weiteren Beihilferegelung zur Durchführung des Raumfahrtprojektes PHOENIX
K (2004) 3305	20.08.2004	Aufnahme der Leistungsgebundenen Reserve und einer weiteren Förderrichtlinie (FuE)
Entscheidung des Begleitausschusses (Umlaufverfahren)	15.09.2004	Mittelverschiebung in Höhe von 536.813 € von Maßnahme 1.1 zu Maßnahme 1.2

D.6 Indikatoren zur Zuweisung der leistungsgebundenen Reserve

Eine Weiterführung der Indikatoren zur leistungsgebundenen Reserve erfolgt nicht mehr, da diese Indikatoren ausschließlich Teil des Verfahrens zur Zuweisung der Reservemittel waren. Die Zuteilung der Reservemittel für Bremen hat die Europäische Kommission positiv beschieden.⁶

D.7 Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Information und Publizität

Entsprechend der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 wurde mit der Ergänzung zur Programmplanung ein Kommunikationsaktionsplan vorgelegt, in dem Ziele, die Zielgruppen sowie die konkreten Maßnahmen zur Information und Öffentlichkeitsarbeit beschrieben wurden.

Für das Jahr 2004 sind insbesondere folgende Maßnahmen des Kommunikationsplans zu nennen:

- Im Januar 2004 wurden die „Projekte des Monats“ in einer Broschüre⁷ veröffentlicht.
- Die Website erhielt eine neue prägnantere Adresse (www.efre-bremen.de) und wurde Anfang des Jahres 2004 komplett neu designed. Die neue Website ist anlässlich der Europa-Woche freigeschaltet worden. Neu eingerichtet wurden zwei passwortgeschützte Bereiche: der Bereich für die Mitarbeiter der Verwaltung mit zahlreichen Formularen zum downloaden sowie der Bereich für die Mitglieder des Ziel-2-Begleitausschusses, der u.a. die Protokolle der Sitzungen, und die newsletter enthält. Auch die englischen Seiten wurden deutlich erweitert. Die Statistik wurde mit der Umstellung präzisiert: so berechnen die „hits“ jedes vom Server hochgeladene Element, die sog. „pages“ alle aufgerufenen Seiten und die „visits“ die einzelnen – neuen - Besucher. Die Besucherzahlen der Seite sind seit dem reload im April 2004 gestiegen: waren es im Mai 2004 noch im Schnitt 29 neue Besucher täglich, so sind es im März 2005 mit 73 neuen Besuchern schon deut-

⁶ Amtsblatt Nr. L 111 vom 17/04/2004; 2004/344/EG: Entscheidung der Kommission vom 23. März 2004 über die Aufteilung der leistungsgebundenen Reserve für die gemeinschaftlichen Strukturfondsinterventionen im Rahmen der Ziele 1, 2 und 3 sowie des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei außerhalb der Ziel-1-Regionen auf die Mitgliedstaaten (bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(2004) 883).

⁷ "EU-Projekte in Bremen und Bremerhaven – gefördert aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung", Senator für Wirtschaft und Häfen, Bremen 2004.

lich mehr als das Doppelte. Insgesamt hat sich in den ersten drei Monaten dieses Jahres die Zahl der Besucher stark erhöht: Waren es 2003 noch ca. 350.000 „hits“, so sind für 2004 524.784 „hits“ zu verzeichnen, was auf die optimierte Suchmöglichkeit insbesondere der Suchmaschinen zurückzuführen sein kann.

- Erstellung eines Newsletters für den Regionalen Begleitausschuss mit Informationen über den Umsetzungsstand des Ziel-2-Programms sowie weiterer EU-Förderprogramme im Land Bremen.

Darüber hinaus sind noch zu verzeichnen:

- Schriftliche Kurzinformationen für die allgemeine Öffentlichkeit (Kurzversion des Ziel-2-Programms, Broschüren, Faltblätter) über die EU-Programme und EU-geförderte Projekte;
- Beantwortung individueller Anfragen von Bürgern, interessierten Stellen und dem Bremischen Landesparlament bzw. seiner Ausschüsse;
- Pressemitteilungen zu laufenden EU-geförderten Projekten und zu besonderen Anlässen sowie nach Abschluss der Halbzeitbewertung des Ziel-2-Programms;
- Pressekonferenz am 09. Januar 2004 im Design Zentrum Bremen anlässlich der Broschüre „EU-geförderte Projekte in Bremen und Bremerhaven“ mit Vorstellung verschiedener Projekte.
- InnoVision 2010: Bremen's strategic approach to the Lisbon objectives: Dr. Uwe Färber, Staatsrat beim Senator für Wirtschaft und Häfen, präsentierte am 27. April 2004 in Brüssel in der Vertretung der Freien Hansestadt Bremen bei der Europäischen Union, Bremens Programm „InnoVision 2010“ sowie die Europäische Strukturfondsförderung im Land Bremen. Dabei ging es um die Bewältigung des Strukturwandels durch Innovation und das Erreichen der Ziele der Lissabon-Strategie für die Freie Hansestadt Bremen.
- Im Rahmen der Europa-Woche wurde je ein Linienbus in Bremen und Bremerhaven mit Außenwerbung gestaltet, um EFRE-geförderte Projekte zu präsentieren. In den Bussen informiert in 2-monatlichem Wechsel ein Poster über ein EFRE-gefördertes Projekt. Die neu gestalteten Linienbusse wurden mit Sonderfahrten (03. Mai in Bremen, 07. Mai in Bremerhaven) für Vertreter aus Wirtschaft und Politik zu geförderten Projekten eingeweiht;
- Offizielle Einweihung des Wasserturms auf dem Konrad-Adenauer-Platzes durch Bürgermeister Perschau im Rahmen der Bustour der Europa-Woche im 07. Mai 2004;

- Verleihung des deutschen Kriminalpräventionspreises am 30. September in Münster durch die Stiftung "Deutsches Forum Kriminalprävention" für die EU-geförderte Aktion Zivilcourage "Mut gegen Gewalt";
- Tagung der Ad-hoc-Arbeitsgruppe Europa des GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V. im November 2004: Vorstellung EU-geförderter Projekte.

E. Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung der anderen Gemeinschaftspolitiken einschl. Angaben zum integrierten Einsatz der Fonds

Bei der Anlage der EU-Programme wie auch der Landesprogramme insgesamt wird den Grundsätzen der Komplementarität (zu anderen EU-Strukturfonds bzw. Zielprogrammen, Initiativen und Aktionsprogrammen sowie den Interventionen der EIB) und der Beachtung gemeinschaftlicher Politiken (vor allem in den Bereichen Wettbewerb, Umweltschutz, Beschäftigung und Chancengleichheit) Rechnung getragen.

Gegenstand wettbewerbsrechtlicher Genehmigungsverfahren für staatliche Beihilfen im Rahmen des Ziel-2-Programmes waren der 28. Rahmenplan und das Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA) (Nr. C 47/99 vom 12.04.2000 und Nr. 209/99 vom 02.08.2000), das Landesinvestitionsförderprogramm (LIP; N 543/99 vom 05.05.2000), das Landesprogramm „Arbeit und Technik“ (N 132/2000 vom 16.11.2000), die Genehmigung der Kompetenzzentren/Berufsbegleitende Qualifizierungen/Know-How-Transfer (N 133/2000) und das Programm zur Förderung angewandter Umwelttechnologien (PFAU; N 542/99 vom 20.03.2000).

Für den Anfang 2002 gestellten Änderungsantrag ist die am 09.04.2002 entschiedene Beihilfe N 709/01 relevant, die Beihilfen für Unternehmen im Bereich der FuE-Förderung im Rahmen des deutschen Raumfahrtprogramms regelt.

Mit dem Antrag zur Einstellung der Leistungsgebundenen Reserve wurde die Aufnahme der Richtlinie zum Bremischen Landesprogramm "Förderung der Forschung und Entwicklung in betrieblichen Innovationsprojekten (FuE-Innovationsprogramm)" für die Maßnahmen 2.1 und 2.2 des Ziel-2-Programms beantragt. Die FuE-Richtlinie hat die Nummer N 705/2001 und wurde am 21.01.2002 entschieden.

Bei der Durchführung des Programms wird dem Aspekt des **Umweltschutzes** umfassend Rechnung getragen. Der Umweltschutzgedanke wird als Querschnittsziel in allen Programmteilen verankert und darüber hinaus als Zwischenziel „Förderung des Umweltschutzes und des Aspekts der Nachhaltigkeit“ besonders hervorgehoben. Der schonende Umgang mit Ressourcen findet seinen Ausdruck vor allem in der Tatsache, dass im Rahmen des Programms ausschließlich vorhandene Brachflächen für Unternehmensansiedlungen hergerichtet und erschlossen werden. Gezielt sollen vor allem KMU bei der Implementierung neuer Umwelttechniken über das Landesprogramm PFAU unterstützt werden. Für die Auswahl der Projekte des Programms werden übergreifende Kriterien definiert, die den Aspekten des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit in geeigneter Weise Rechnung tragen.

Die Aspekte **Beschäftigung und Chancengleichheit** spielen vorrangig im Bereich des Europäischen Sozialfonds eine Rolle und wirken über die wechselseitige Flankierung auch auf die Ziel-2-Förderung, spiegeln sich vom Ansatz her aber auch in einigen EFRE-geförderten Maßnahmen wieder, insbesondere dem „Kohärenzfonds“.

Der Förderung der Chancengleichheit kommt bei der Durchführung des Programms besonderer Stellenwert zu, in dem der Ansatz des „gender-mainstreaming“ als Querschnittsziel in der Strategie verankert wurde und damit im Prinzip für alle Maßnahmen Anwendung findet. Bei der Auswahl der Operationen sind geeignete Kriterien definiert worden, die dem Chancengleichheitsaspekt Rechnung tragen. Für das Monitoring und die Evaluierung werden gesonderte Indikatoren bestimmt, die die Effekte der Förderung nachweisen, vor allem in Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen. Nach einer Ex-ante-Einschätzung sind insgesamt positive Effekte für die Gleichstellung von Frauen und Männern durch das Programm zu erwarten, insbesondere durch die Förderung des Dienstleistungssektors in der Region. Im Zuge der Programmumsetzung hat sich jedoch gezeigt, dass bislang nicht in allen Bereichen die ex ante angestrebten Effekte, insbesondere bei der Schaffung und Sicherung von Frauenarbeitsplätzen, erreicht wurden. Eine Verbesserung der Zielerreichung dieses Querschnittsziels für die Restlaufzeit wird angestrebt.

F. Stand der Durchführung und der finanziellen Abwicklung von Großprojekten

Im Rahmen des Bremer Ziel-2-Programms 2000 – 2006 werden keine Großprojekte umgesetzt.

Anlage 1

Finanztabelle* für den jährlichen Durchführungsbericht / den Schlußbericht, aufgeschlüsselt nach Schwerpunkten und MaßnahmenReferenznummer der Kommission für das entsprechende OP bzw. EPPD: 2000 DE 16 2 DO 009

Titel: Ziel 2 Programm Land Bremen (2000 - 2006)

Jahr: 2004

(in Euro)

Schwerpunkte/Maßnahme	Ingesamt***	Ingesamt getätigte zuschußfähige und bescheinigte Ausgaben	% der zuschußfähigen Kosten	Sonstige****	Interventionsbereich**
Divers. d. Wirtschaftsstruktur	19.628.102,00	641.460,89	3,27		
KMU	16.438.822,00	409.271,45	2,49		161(100,00%)
Innov. Existenzgründungen	3.189.280,00	232.189,44	7,28		163(100,00%)
Stärkung des Dienstleistungssektors	128.457.976,00	5.443.899,05	4,24		
Informationsgesellschaft	18.698.654,00	250.314,00	1,34		322(100,00%)
Technologie	45.532.246,00	1.814.587,41	3,99		182(100,00%)
Fremdenverkehr	31.908.930,00	964.085,66	3,02		171(100,00%)
Neue Dienstleistungen/Kohärenz	32.318.146,00	2.414.911,98	7,47		163(100,00%)
Umwelt/Flächen	66.087.862,00	9.062.440,47	13,71		
PFAU	12.487.890,00	3.711.010,96	29,72		162(100,00%)
Infrastrukturprojekte	6.232.886,00	810.054,87	13,00		163(100,00%)
Flächen	47.367.086,00	4.541.374,64	9,59		351(100,00%)
Städtische Problemgebiete	16.975.656,00	1.146.867,52	6,76		
Wirtschaftliche Aktivitäten	9.927.676,00	234.350,27	2,36		352(100,00%)
Quartiersentwicklung	2.489.050,00	98.490,24	3,96		36(100,00%)
Belebung zentraler Plätze	4.558.930,00	814.027,01	17,86		352(100,00%)
Technische Hilfe	4.774.404,00	287.692,64	6,03		
Techn. Unterst., Evaluierung	2.652.450,00	271.442,64	10,23		411(50,00%), 412(35,00%), 415(15,00%)
Studien	2.121.954,00	16.250,00	0,77		413(50,00%), 414(50,00%)
Insgesamt					
EFRE insgesamt	235.924.000,00	16.582.360,57	7,03		
ESF insgesamt					
EAGFL insgesamt					
FIAF insgesamt					

Ziel-2-Programm des Landes Bremen

Finanzielle Abwicklung des Programms

Mittelbindung und Zahlungen in €

Schwerpunkte/Maßnahme	genehmigter Betrag in € für das gesamte Programm	Zeitraum von: 1.1.2004 bis: 31.12.2004				Zeitraum vom Programmbeginn bis: 31.12.2004 kumuliert			
		Mittelbindungen		Zahlungen		Mittelbindungen		Zahlungen	
		per Meldebogen	Anteil an gesamt	geleistet	Anteil an gesamt	per Meldebogen	Anteil an gesamt	geleistet	Anteil an gesamt
		in €	in %	in €	in %	in €	in %	in €	in %
Divers. d. Wirtschaftsstruktur	19.628.102,00	2.405.769,00	12,26	641.460,89	3,27	13.388.062,17	68,21	7.956.933,12	40,54
KMU	16.438.822,00	2.405.769,00	14,63	409.271,45	2,49	10.964.982,17	66,70	6.887.083,94	41,90
Innov. Existenzgründungen	3.189.280,00	0,00	0,00	232.189,44	7,28	2.423.080,00	75,98	1.069.849,18	33,55
Stärkung des Dienstleistungssektors	128.457.976,00	9.940.792,66	7,74	5.443.899,05	4,24	75.812.140,64	59,02	53.607.928,47	41,73
Informationsgesellschaft	18.698.654,00	0,00	0,00	250.314,00	1,34	2.119.056,00	11,33	283.593,00	1,52
Technologie	45.532.246,00	4.555.652,68	10,01	1.814.587,41	3,99	31.926.029,79	70,12	23.827.878,81	52,33
Fremdenverkehr	31.908.930,00	3.300.000,00	10,34	964.085,66	3,02	30.268.906,47	94,86	20.655.933,37	64,73
Neue Dienstleistungen/Kohärenz	32.318.146,00	2.085.139,98	6,45	2.414.911,98	7,47	11.498.148,38	35,58	8.840.523,29	27,35
Umwelt/Flächen	66.087.862,00	17.191.577,04	26,01	9.062.440,47	13,71	44.427.252,17	67,22	22.211.184,52	33,61
PFAU	12.487.890,00	4.544.297,60	36,39	3.711.010,96	29,72	11.356.519,69	90,94	6.431.012,88	51,50
Infrastrukturprojekte	6.232.886,00	0,00	0,00	810.054,87	13,00	3.520.755,04	56,49	1.646.082,36	26,41
Flächen	47.367.086,00	12.647.279,44	26,70	4.541.374,64	9,59	29.549.977,44	62,39	14.134.089,28	29,84
Städtische Problemgebiete	16.975.656,00	0,00	0,00	1.146.867,52	6,76	7.398.501,00	43,58	4.520.729,09	26,63
Wirtschaftliche Aktivitäten	9.927.676,00	0,00	0,00	234.350,27	2,36	1.849.867,00	18,63	414.436,84	4,17
Quartiersentwicklung	2.489.050,00	0,00	0,00	98.490,24	3,96	1.320.250,00	53,04	98.490,24	3,96
Belebung zentraler Plätze	4.558.930,00	0,00	0,00	814.027,01	17,86	4.228.384,00	92,75	4.007.802,01	87,91
Technische Hilfe	4.774.404,00	393.950,00	8,25	287.692,64	6,03	2.126.684,74	44,54	872.117,17	18,27
Techn. Unterst., Evaluierung	2.652.450,00	377.700,00	14,24	271.442,64	10,23	2.107.977,00	79,47	853.409,43	32,17
Studien	2.121.954,00	16.250,00	0,77	16.250,00	0,77	18.707,74	0,88	18.707,74	0,88
Gesamt	235.924.000,00	29.932.088,70	12,69	16.582.360,57	7,03	143.152.640,72	60,68	89.168.892,37	37,80